

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Stellung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklameweile 4,- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 20. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295

Verlag: Dönhofs 2506-2507

Vollstreckkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direktion der Dilligant-Gesellschaft, Teplitzenerstraße 3

Internationales Eisenkartell.

Deutsch-belgisch-französischer Zusammenschluß.

In Luxemburg sind Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen, saarländischen, luxemburgischen und französischen Eisenindustriellen mit einem Kompromiß abgeschlossen worden, das die Grundlage für eine internationale Zusammenfassung der Eisenindustrie darstellt.

Deutschland gewährt den genannten Ländern die Einfuhr von 1,7 Millionen Tonnen Eisen, und zwar insbesondere von Halbzeug- und Fertigfabrikaten, zum halben Zollsaß.

Die Einigung der beteiligten Industriegruppen über die Einfuhrkontingente ist tatsächlich die Grundlage der Verständigung innerhalb der internationalen Eisenindustrie.

Nicht, daß sie aus nacktem Profitinteresse den internationalen Zusammenschluß betreiben und am Verhandlungstisch mit den Kapitalgruppen des Auslandes sogar den berückichtigten 'Schutz der nationalen Arbeit' beiseite stellen.

Mit elementarer Wucht dringt eben die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege auf die Beseitigung der durch die Willkür des Versailler Diktats geschaffenen wirtschaftlichen Schranken; die Verhandlungen, die während der Inflation und während der Ruhrbesetzung nicht vorwärts kommen konnten, sind jetzt nach der Einführung des Dawes-Planes ein gutes Stück weiter gediehen und haben zu positiven Ergebnissen geführt.

Die Form aber, die er zunächst angenommen hat, muß bei der Arbeiterschaft der ganzen Welt die schwersten Bedenken erwecken. Es ist kapitalistischer Zusammenschluß, der hier vollzogen wird und dessen Ziel es ist, den inländischen Eisenmarkt ganz und gar der Kontrolle einer kleinen industriellen Gruppe zu überlassen.

Die Allgemeinheit hat aber ein Recht, daß die Versorgung der großen metallverarbeitenden Industrie Deutschlands in einer Weise erfolgt, die der Exportindustrie die Möglichkeit einer Ausfuhr, der für das Inland erzeugenden Industrie eine dem Absatzbedürfnis entgegenkommende Preisstellung, der Arbeiterschaft des gesamten Metallgewerbes eine ausreichende Beschäftigung offen läßt.

Wie wir überdies hören, haben bereits die Gewerkschaften der beteiligten Länder in der nächsten Zeit Verhandlungen über die aus der Bildung des internationalen Eisenkartells sich ergebende Lage vorgelesen.

Die Krise im Linkskartell.

(Von unserem Pariser Sonderkorrespondenten)

Paris, 19. Juni.

Seitdem es dem Nationalen Block im Senat gelungen ist, ein Duzend früherer Links-Senatoren zu sich herbeizuziehen und den Sturz des Kabinetts Herriot herbeizuführen, herrscht innerhalb des Linkskartells nicht mehr dasselbe Selbstvertrauen, nicht mehr dieselbe Sicherheit, wie vorher.

Die Umstände, unter denen dieser Ausbruch erfolgte, sind ziemlich außergewöhnlich. Nach außen sieht es so aus, als ob die Marokkofrage bei den Zwischenfällen, die sich in der Dienstag-Nachmittagssitzung abspielten, die entscheidende Rolle spielte, und es ist sicher, daß die Ereignisse in Marokko das Bedürfnis der Sozialisten, eine klare Situation herbeizuführen, veranlaßt haben.

Zwar hat die Tatsache, daß am Dienstagabend, als es galt, über die aus demagogischen Gründen von den Kommunisten eingebrachte Interpellation abzustimmen, die sozialistische Fraktion nicht geschlossen stimmte, insbesondere Leon Blum, Renaudel, Paul Boncour, Rouet und ein Duzend anderer Abgeordneter der Vereinbarung mit der Regierung gemäß für die Vertagung der Debatte eintraten, während etwa 80 Mitglieder sich der Stimme enthielten und zwei andere Abgeordnete des Südens sogar mit den Kommunisten stimmten, den Verlauf der Ereignisse beschleunigt.

Die sozialistische Fraktion hat das Kabinett Painlevé nicht im Verdacht, als ob es in Marokko Abenteuer suche, sondern — und die Erklärungen, die der Ministerpräsident am Mittwoch in der gemeinsamen Sitzung der drei großen Kommissionen abgab, hat diesen Eindruck verstärkt — sie glaubt ihm, wenn es versichert, daß es alles daran setzen werde, um so rasch wie möglich mit Abd el Krim zu Friedensverhandlungen zu kommen.

Aber die Fraktion hat die starke Empfindung, daß das Kabinett Painlevé sich allzu stark durch den Gedanken leiten läßt, in keinerlei Konflikt mit dem Senat zu kommen und daß es aus der 'Beruhigungsparole', wie sie Painlevé bei seinem Amtsantritt auszugeben für notwendig hielt, praktische Schlussfolgerungen zieht, die nicht mehr mit den Bedingungen im Einklang stehen, wie sie in dem berühmten Briefwechsel zwischen Herriot und Leon Blum, die im Rahmen und Auftrag ihrer Fraktion handelten, im Sommer 1924 für die Schaffung des Linkskartells in der Kammer festgestellt wurden.

Am schärfsten kommt das in den Caillauxschen Finanzvorlagen zum Ausdruck, die die Fraktion nach gründlicher Prüfung ablehnt. Da das Kabinett Painlevé sich bisher mit den Projekten Caillaux einverstanden erklärt hat, und da dieses Problem alle anderen beherrscht, so ergibt sich aus dieser Stellungnahme der Fraktion unvermeidlich der Bruch mit der gegenwärtigen Regierung, einerlei, wie groß auch das Vertrauen sein mag, das die Sozialisten z. B. auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu ihr haben.

Damit ist aber eine Frage akut geworden, die viel wichtiger ist als die des Bestandes und des Abganges eines Kabinetts: die Aufrechterhaltung des Linkskartells ist zweifelhaft geworden. Das ist um so paradoxer, als die Wahlen vom 3. und 10. Mai eine glänzende Bestätigung des Sieges vom 11. Mai 1924 gebracht haben und die die Stärkung des Kartells im Lande als das sichtbarste und unzweideutigste Resultat der letzten politischen Befragung gilt.

Es ist sicher, daß eine Mehrheit im Lande die Aufrechterhaltung des Linkskartells im Kampfe gegen die immer noch sehr drohenden und starken Kräfte des Nationalen Blocks

Linksbloc oder nicht?

Die sozialistischen Mandatare werden darüber abstimmen.

Paris, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die innerpolitische Krise in Frankreich dauert unermüdet fort. Heute vormittag sind die sozialistischen Abg. Compère-Morel, Vincent Auriol und Renaudel zusammengesessen, um eine gemeinsame Beschlusformel für die zukünftige Haltung der sozialistischen Partei der Regierung gegenüber zu suchen.

Der radikalsoziale Abg. Berthot hatte im Einverständnis mit dem Kabinett heute eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Politik sie in Marokko zu verfolgen gedenke. Auf Einspruch der Sozialisten, die darauf hinwiesen, daß ihre Partei über deren künftige Haltung noch nicht endgültig entschieden habe, hat nach einer interfraktionellen Besprechung der Abg. Berthot seine Interpellation zurückgezogen, um sie am Dienstag wieder einzubringen.

Marokko-Zwischenfall gekommen. Als der Abg. Berthot seine Interpellation zurückgezogen

hatte, brachten die Kommunisten ihre Interpellation ein und beantragten sofortige Diskussion. Briand lehnte diese ab mit dem Hinweis darauf, daß die Regierung in wenigen Tagen Gelegenheit haben werde, Erklärungen über Marokko abzugeben.

Regierungsmassnahmen gegen die KPF.

Paris, 19. Juni. (ZTB.) Nach Beendigung des heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrates hat ein Mitglied der Regierung der Agentur Havas mitteilen lassen, die Minister hegen angesichts der kommunistischen Propaganda, die sich hauptsächlich durch Verbreitung von Flugblättern und Broschüren auswirkt, Besorgnisse.

Umgruppierung der Generäle.

Paris, 19. Juni. (ZTB.) Das 'Petit Journal' kündigt die Ernennung eines neuen Feldherrn für Marokko an, der über hervorragende militärische Eigenschaften verfüge. Der abberufene General Colombat soll durch General Gouraud ersetzt werden.

wünſcht, der, geſchlagen im offenen Wahlkampf, jetzt ſeine ganze Hoffnung auf das parlamentariſche Auseinanderfallen des Kartells ſetzt.

Die Sozialiſten legen ſich darüber Rechenschaft ab. In der Diſkuſſion, die ſeit Mittwoch in gemeinſamen Sißungen der Kammerfraktion und des Parteivorſtandes ſtattgefunden, iſt von ſämtlichen Rednern der dringende Wunſch zum Ausdruck gebracht worden, alles zu tun, um die im gegenwärtigen Augenblick unvermeidlich erſcheinende Kabinetskriſe nicht zu einer Kartellkriſe ſich erweitern zu laſſen. Welches auch der endgültige Beſchluß ſein wird, der von der ſozialiſtiſchen Fraktion und dem Parteivorſtand geſaßt wird, eines ſteht feſt: Es wird von ſozialiſtiſcher Seite nichts vernachläſſigt werden, was den Weiterbeſtand des Linkskartells ermöglichen könnte. Das einzige, was wohl beſchloſſen werden könnte, iſt eine eventuelle gründliche Ausſprache mit den anderen Parteien des Kartells, in der erklärt werden muß, warum die ſozialiſtiſche Fraktion dem Kabinett Painlevé ihre Unterſtützung nicht mehr gewähren kann. Man wird die bürgerlichen Parteien des Kartells an die prinzipiellen Abmachungen, die im Sommer 1924 getroffen wurden, erinnern und ihnen ſagen, daß die ſozialiſtiſche Partei auch heute noch bereit iſt, einer Regierung, die ſich auf den Boden dieſer Abmachungen ſtellt, die Unterſtützung zu gewähren, und daß ſie entſchloſſen ſei, dem Kartell treu zu bleiben; daß es ſich also bei der gegenwärtigen Stellungnahme der Sozialiſten in keiner Weiſe um eine Flucht vor der Verantwortung oder um eine verſchiebte Rückkehr in die Oppoſition handle. Im Laufe der Debatte in der Fraktion iſt darauf hingewieſen worden, daß die Partei ſich abermals vor die Frage der Beteiligung an der Regierung geſtellt ſehen könnte, und daß ſie ſich dann ſchwerer als je einer behandelnden Antwort entziehen könnte, obſchon die Umſtände für eine Beteiligung der Sozialiſten an der Regierung niemals ungünstiger als jetzt waren. Zu dieſen wichtigen Fragen hat die Fraktion und der Parteivorſtand einſtweilen keine endgültige Stellung genommen. Borerſt wollen ſie verſuchen, das Kartell zu retten, auch im Falle der Kabinetskriſe.

Auftakt zur Zolldebatte.

Die Regierung ſucht die feſte Mehrheit.

Am Montag beginnt die große parlamentariſche Auseinanderſetzung über die Zollvorlage der Reichsregierung. Der Reichswirtschaftsrat hat das Kernſtück der Regierungsvorlage verworfen. Der Reichsrat hat der Vorlage zugestimmt. Der Führer der ſtärkſten Regierungspartei, Graf Reſtorp, hat öffentlich angekündigt, daß die Regierung die Zollvorlage nach einem zeitlich genau feſtgelegten Plan bis zum 18. Juni durchzuſchicken gedenkt. Dazu gehört eine feſte und geſchloſſene Mehrheit. Zwei Tage vor Beginn der parlamentariſchen Auseinanderſetzung beſitzt die Regierung dieſe Mehrheit noch nicht. Sie iſt geſtern auf die Suche nach dieſer Mehrheit gegangen.

Geſtern nachmittag fanden zwiſchen der Reichsregierung, vertreten durch Dr. Luther und Graf Kaniſ, und den Regierungsparteien Beſprechungen ſtatt, die den Zweck haben ſollten, eine parlamentariſche Mehrheit für die Zollvorlage der Regierung zu ſichern. Die Vorlage der Regierung, ſoweit ſie Agrarzölle vorſieht, die als Miñdeſtzölle gebunden werden ſollten, ſtößt bei den meiſten an der Regierung beteiligten Parteien auf Bedenken und Widerſtände. In der Deutſchen Volkspartei werden Bedenken laut, daß die Agrarzölle die Poſition der Induſtrie gefährden könnten. Im Zentrum wenden ſich die Chriſtlichen Gewerkschaften gegen die Getreidezölle. Auch der Stimmen der Wirtschaftspartei iſt die Regierung noch nicht ſicher.

Als im Reichsrat Preußen ſich gegen das Prinzip der Miñdeſtgetreidezölle wandte, ſchlug Graf Kaniſ auf den Tiſch und erklärte, daß die Reichsregierung ſich bei einer Ablehnung der Miñdeſtzölle nicht beruhigen werde.

Hinter dieſer Geſte ſtand nichts. Einen Tag ſpäter mußte Graf Kaniſ ſich auf die Suche nach einer Mehrheit begeben und ein Kompromiß finden.

Denn wenn die Verhandlungen, die die Reichsregierung geſtern herbeigeführt hat, die Bedenken und Widerſtände bei den Regierungsparteien beseitigen ſollen, ſo müſſen ſie auf ein Kompromiß abzielen. Der deutſchnationale „Tag“ deutet die Linie an, auf der die Regierung das Kompromiß ſucht. An die Stelle des Prinzips der Getreidemindestzölle ſoll das Prinzip gleitender Getreidezölle geſetzt werden. Aber gegen die gleitenden Zölle hat ſich Graf Kaniſ noch am Donnerstag im Reichsrat ausgeſprochen.

Die Reichsregierung hat die Zuſtimmung der Deutſchnationalen zur Zollvorlage mit der Verbindung der Getreidemindestzölle mit der kleinen Zollnovelle erkaufte. Dieſe Kaufgeſchäft war ein Zeichen ihrer parlamentariſchen Schwäche. Die Laſſache, daß ſie bisher noch keine Mehrheit der Regierungsparteien für ihre Verpflichtung gegenüber den Deutſchnationalen gewinnen konnte, iſt das andere Zeichen ihrer parlamentariſchen Schwäche. Die einzige Partei, die geſchloſſen hinter dem Kernſtück ihrer Zollvorlage ſteht, iſt die Deutſchnationale Partei. Die ſchweren Bedenken in den Reihen der anderen Regierungsparteien offenbaren die ſachliche Schwäche der agrariſchen Miñdeſtzollforderungen. Ein Zollgeſetz, hinter dem geſchloſſen nur die Partei der agrariſchen Intereſſenten ſteht, das ſelbſt in den Reihen der Regierungsparteien auf ſchwere Widerſtände ſtößt und zudem das Urteil der Wiſſenſchaft und der oberſten wirtſchaftlichen gutachtenden Körperſchaft gegen ſich hat, würde eine Vergewaltigung des Volkes darſtellen. Es darf in dieſer Form nicht Geſetz werden.

Die Anwendung der Unterſuchungshaft.

Eine neue Verfügung des preußiſchen Juſtizminiſters.

Der preußiſche Juſtizminiſter veröffentlicht jetzt endlich eine allgemeine Verfügung über die Anwendung der Unterſuchungshaft, in der der Erlaß vom August vorigen Jahres einer Korrektur unterzogen wird. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut:

„In der allgemeinen Verfügung vom 18. Dezember 1918 iſt darauf hingewieſen, daß die Unterſuchungshaft einen ſchweren Eingriff in die Freiheit einer Perſon darſtellt, deren Schuld oder Unſchuld erſt noch feſtgeſtellt werden ſoll, und daß daher dieſe einſchneidende aller Unterſuchungsmaßnahmen eine beſonders geſchickliche Prüfung erfordert, ob ſie nach der Bedeutung und den beſonderen Umſtänden des Einzelfalles tatſächlich geboten erſcheint. Dieſe Prüfungspflicht ergibt ſich daraus, daß das Geſetz in § 112 St.P.O. zwar ausſpricht, daß ohne die dort genannten Vorausſetzungen — dringender Tatverdacht und Flucht- oder Kolluſionsverdacht — ein Haftbeſehl nicht erlaſſen werden darf, aber nicht vorkreißt, daß bei ihrem Vorliegen der Haftbeſehl in jedem Falle erlaſſen werden muß.“

Bei der Prüfung, ob danach der Erlaß des Haftbeſehls zu beantragen iſt, muß ſich die Staatsanwaltschaft, wie ſchon die allgemeine Verfügung vom 18. Dezember 1918 betont, vor jeder Schematiſierung hüten und die Beſamtheit der Umſtände des Einzelfalles beſichtigen. Was inbeſondere die Frage anlangt, ob ein den Antrag rechtfertigender Fluchtverdacht vorliegt, ſo kommen neben der Schwere der Tat und der Höhe der zu erwartenden Strafe in Betracht die Zuſichten, die das Unternehmen der Flucht dem Beſchuldigten im Hinblick auf ſeine biſherigen Lebensverhältnisse bietet, nach Lage des Falles auch ſein Verhalten in dem bereits ſchwebenden Verfahren. Dabei iſt gemäß § 4 der W. vom 18. Dezember 1918 zu erwägen, ob ein zunächſt beſtehender Fluchtverdacht ohne Verhängung der Unterſuchungshaft durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

Bei allen zur Haftfrage zu ſtellenden Anträgen hat ſich die Staatsanwaltschaft vor Augen zu halten, daß die Unterſuchungshaft niemals Selbſtzweck iſt, ſondern nur dem Zwecke der Sicherung einer ungehinderten Durchführung des Strafverfahrens dienen ſoll, und daß ſich ihre Anwendung daher in den durch dieſen Zweck gebotenen Grenzen zu halten hat.

Die gleichen grundsätzlichen Geſichtspunkte wie für die Beantragung der Unterſuchungshaft ſind auch für die Frage ihrer

Aufrechterhaltung maßgebend. Die Staatsanwaltschaft hat daher bei ihrer — nach IV 1 U. 3 der W. vom 18. Dezember 1918 in der Regel beſonders zu begründenden — Stellungnahme zu einem Antrag auf Aufhebung des Haftbeſehls

ſtets zu prüfen, ob nach dem jeweiligen Stande des Verfahrens die Fortdauer der Unterſuchungshaft durch ihren Zweck noch geboten iſt.

Soweit hiernach im Einzelfall der Geſundheitszuſtand eines Beſchuldigten beſonderer Erörterung bedarf, ſind in dem von dem Miniſter für Volkswohlfahrt an die Reſidenzbeamten gerichteten und durch meine Verfügung vom 15. September 1924 den Juſtizbehörden zur Kenntnisnahme mitgeteilten Erlaß vom 23. August 1924 — zum Teil unter Hinweis auf die geſchloſſenen Vorſchriften der St.P.O. — Geſichtspunkte dargelegt worden, die vom Arzt bei der Abgabe von Gutachten zu beſichtigen ſind. Der Erlaß iſt ergangen, um durch Vermittlung der Reſidenzbeamten die ärztlichen Kreiſe auf erhebliche Mißstände hinzuweiſen, die bei der Erſtattung ärztlicher Gutachten für gerichtliche Zwecke hervorgetreten waren und ein vertrauensvolles Zuſammenwirken von Gericht und Arzt erſtlich zu gefährden drohten.

Beſtimmungen an die Juſtizbehörden enthält der Erlaß nicht und konnte er nach der beſtehenden Rechtslage nicht enthalten.

Daß für die Einſchließung der Juſtizbehörden über die Frage, ob ein gegen einen Beſchuldigten erlaſſener Haftbeſehl aufzuheben iſt, lediglich die geſchloſſenen Vorſchriften maßgebend ſind, und daß daher der Umſtand, daß der Beſchuldigte erkrankt iſt, nur nach der Richtung von Bedeutung ſein kann, ob die Vorausſetzungen für den Erlaß des Haftbeſehls weggefallen ſind oder nicht, iſt bereits in der W. vom 29. März 1907 hervorgehoben. Auch die in dieſer Richtung anzuftehende Prüfung darf aber nicht ſchematiſch ſein, ſondern muß unter Würdigung der Umſtände des Einzelfalles erfolgen. Dem entſpricht es, daß in jener W. weder die „Haftfähigkeit“ als unbedingte Vorausſetzung für die Aufrechterhaltung des Haftbeſehls aufgeſtellt wird, noch davon die Rede iſt, daß eine Krankheit zur Aufhebung des Haftbeſehls nur dann führen könne, wenn ſie die Möglichkeit der Flucht ausſchließt. Vielmehr iſt unter Nr. 2 und 3 das Verhalten der Juſtizbehörden ausdrücklich für den Fall geregelt, daß der Richter „mit Rückſicht auf die Art, Schwere und voraussichtliche Dauer der Krankheit“ den Haftbeſehl aufhebt. Daran ſchließt ſich unter Nr. 4 der Hinweis, daß, wenn im Einzelfall ungeachtet der Krankheit die Aufrechterhaltung des Haftbeſehls für ſachgemäß befunden wird, der bloße Umſtand, daß der Verhaftete vorübergehend in einer Krankenſtation unterzubringen iſt, nicht beſſere Entſcheidung rechtfertigt, vielmehr die Unterbringung auf Koſten des Staates zu erfolgen hat. Hiernach ſtimmt die W. für die Gefangenenanſtalten der Juſtizverwaltung vom 1. August 1923 überein.“

Mit der vorliegenden Verfügung gibt das Juſtizministerium zu, daß in der biſherigen Handhabung der Unterſuchungshaft ſchwere Mißgriffe vorgekommen ſind. Sie wendet ſich vor allem gegen die Praxis der Staatsanwaltschaft und der Unterſuchungsrichter. Vor allem iſt hervorzuheben, daß das Miniſterium die Auffaſſung zurückweiſt, als hätten die Juſtizbehörden auf Weiſung des Miniſteriums gehandelt. Die alleinige Verantwortung der Juſtizbehörden iſt damit eindeutig feſtgeſtellt. Das Juſtizministerium würde ſich aber eine Pflichterlegung zu ſchulden kommen laſſen, wenn es aus den Feſtſtellungen nicht auch die Konsequenzen zöge. Aus der Verfügung ſelbſt geht zur Genüge hervor, daß nach Anſicht des Juſtizministeriums die Juſtizbehörden auch unter den biſherigen Verhältniſſen die ſtandmäßige Handhabung der Unterſuchungshaft hätten vermeiden können. Die neue Verfügung kann deſhalb nur Wandel ſchaffen, wenn die Juſtizbehörden eine ſtraffe Hand über ſich führen. „Selbſtverſtändlich iſt es, daß die verantwortlichen Behörden allen Unterſuchungsgefangenen das gleiche Recht zuteil werden laſſen. Das gilt auch für die Ärzte.“

Erörterung des Geheimereſſes im Höſle-Auſchuß.

Gerade an dem Tage, an dem die neue Verfügung herausgekommen iſt, hat der Höſle-Auſchuß eine mehrſtündige Sitzung abgehalten, in der der verhängnisvolle „Geheimerlaß“ vom 23. August 1924 von den Vertretern der beteiligten Miniſterien erörtert wurde. Ein Vertreter des Juſtizministeriums ſchilderte in längerer Ausführungen die Entstehungsgeſchichte dieſes Erlasses, der vor allem darauf zurückzuführen geweſen ſei, daß von den Gerichten

Kritisches vom Kritiker.

So ganz nebenbei hört man, ſieht man, daß ein bedeutender Kuſtler geſtorben iſt. Nur ein Kritiker. Die entſcheidende Neugierigkeit einer auf Primadonnen-Kuſt geſtellten Welt ſpricht aus der Beiläufigkeit ſolcher Ereigniſſe. Kein Sangesſtar, kein Reſiſt, keine Grammoſophon-Größe, kein Reklame-Komponiſt, auch kein Meiſter des Saraphons, der auf tauſend Bildern zu ſehen war. In kleiner Schrift, beſcheiden und vergeſſen, bringt die Nachricht kaum an eure Rehghau, ſicher nicht ins Herz. Es ſtand ein Mann. „Nur“ ein Schriftſteller! Wer liest denn auch Schriften? Wer weiß noch, den Erfolg einer Kulturbewegung mit ihren Verfechtern zu ſammenzuhalten? Es gibt 1000 Menſchen, die nach einer hingeworfenen Idee greifen und ſie ſelbſtſicher (ſelbſt ſicher des Erfolges) breittreten. Aber nur einzelne haben Eigen-Ideen mit ſchöpferiſchen Vorzeichen. Sie verſinken namenlos hinter ihrem Werk. Halten wir den Namen des Mannes feſt, der viel mehr für die Muſik und Muſikkuſtur getan hat, als hundert bequeme (auch genialische) Kritiker. Paul Marſop ſtarb. Ein wandernder Muſik-Trophe, ehrlich, unbeſtechlich, begeistert, frei und unabhängig, ſelbſt als er zu hungern begann, rüchſichtslos und ſanftlich, auch wenn er ſich weidlich ſchuf, eine herrliche Kampfnatur. Ueber die ſoziale Lage der Muſiker hat Marſop die erſte entſcheidende Schrift verfaßt, über die Wagner-Frage Entſcheidendes, oft über das Ziel ſchießendes geſagt. Er hat die Grundzüge für öffentliche Muſikbüchereien geleſt, er ſorgte im In- und Ausland für muſikaliſche Volks-Bibliotheken. Wo der Muſik neue Wege zuwuchsen, da bereitete er die Beete, ob es ſich um Reformierung der Opernhäuser, der Bühnen, der Beleuchtung, ob um das Kino oder Radio handelte. Sein Geiſt war ſo ſcharf wie ſeine Feder. Sein Glaube ſo begreifend wie ſein Wort. Ein Keri, ein Menſch, ein Kämpfer. Legt Kränze auf ſein Grab!

II.

Ein Kritiker iſt zum Intendanten ernannt worden. Was verzieht ein Kritiker wohl vom Theater? Was ein Schriftſteller von der Bühne? Nun, es machen ein paar Köpfe, und Staub weht durch die Luſt. Immerhin: Dieſer Schriftſteller heißt Paul Bekker, und ſelbſt ſeine Tageſtriklen waren mehr wert als die Leſungen vieler ſogenannter Intendanten von Tages-Format. Man laſſe ſie in Deutſchland und im Ausland. Bürger über Beethoven und Wagner ſchneidern neben dieſen Herren den Kopf eines Eigenbräutlers voller künſtleriſcher Initiative, Klugheit, Freiheit; die Fanfare zu Schreiers Oper war überſtimmt, aber die thematiſche Analyse der Wahlerſchen Sinfonien blendete wieder durch die Eratiktheit der Forſchung, durch das Genialiſche im logiſchen Aufbau. Wer ſo geradlinig geiſtig organiſiert iſt, wer zugleich ſo phantaſievoll denkt, fühlt, ſchildert und belebt, ſollte der nicht trotz all ſeiner theoretiſchen und hiſtoriſchen Kenntniſſe, trotz ſeiner klaren äſthetiſchen Formulierungen ein Intendant, Regiſſeur von Rang ſein? Oder muß es immer ein Komponiſt, oder ein Komponiſt, oder ein von allen Kunſtregungen freier Mann der Beziehungen? Die großen Regiſſeure der Oper waren biſher immer Kuſtler. Gluck, Weber, Wagner, Mahler.

Vielleicht iſt der Heros Wagners, Mahlers, Schreiers berufen, ihre Raſchheit im Regie-Genie zu ſein. Dieſe Wahl iſt glücklich. Warten wir ihre Auswirkungen ab.

III.

Große Kuſtler ſchonen es ab, Kritiken zu leſen. Die meiſten behaupten es zwar nur, manche aber wollen ſich nicht durch Kritik ſtören laſſen. Eine gute läßt ſie kalt, eine hymniſche erhöht ihren Wert nicht mehr, eine ſchlechte könnte ſie verärgern. Zum Kuſtler gehört aber gehört Luſt. Wozu also Kritiken leſen? Nun, ich ſinde, daß manche Kritik mehr künſtleriſchen Wert und Sinn hat als manches Konzert; daß ſie lieber beachtet als verneint; daß ſie Wegbahner des Großen iſt oder ſein kann; daß ſie teil hat am Durchbruch von Perſönlichkeiten, Richtungen, Erfolgen. Der Kuſtler iſt Vermittler zwiſchen Kuſtwerk und Publikum, der Kritiker Vermittler zwiſchen Kuſtler und Publikum. Sollte nicht auch der beſte und bedeutendſte Virtuoso ab und zu kontrollieren, wie ſich kein Bild im Spiegel der Deffentlichteit ausnimmt? Ich glaube es iſt ſeine Pflicht, wenn er an ſich ſelber denkt. In Publikum und Kritik ſchlummert ſo etwas wie die Nachwirkung alter Tradition. Sie kann von einzelnen geſtügt, unterbrochen, beſehet werden. Unbeſchadet ſeiner Vollendung, die der große Kuſtler in ſich fühlen muß, und die ein Konglomerat iſt von Tugend und Gebrechen, Leiſtung und Verſagen, unbeſchadet der Einzigkeit, die ſich ein ſelbſtherrlicher Meiſter durch die Mißgite Kritik nicht verblegen läßt — er muß wiſſen, wie die Deffentlichteit mit ihm fühlt, mit ihm denkt, über ihn denkt, an ihm das Urteil ſchärft. Kuſtler und Kritiker müſſen ſich lieben können. Es ehrt den einen wie den anderen, wenn ſich ihre Kompetenzen duradringen. Beide dienen der Kuſt, beide opfern ſich. Kritik kann Kuſt, künſtleriſche Leiſtung kann unter aller Kritik ſein. Der Kritiker lehnt ſich an die Tat des Schöpfenden an; aber der Schaffende lehnt ſich nicht gegen die des Schaffenden an; aber der Schaffende lehnt ſich nicht gegen die Inſtitution gerecht wägender Kritik auf, er lehnt ſie nicht ab. Beide ſeien am ſtärkſten in der Kritik ihrer eigenen Schwächen.

Kurt Singer.

Errichtung einer Wanderbühne Thüringen. Der Verband der Deutſchen Volksbühnengemeiſchaften iſt an das Thüringiſche Volksminiſterium herangetreten mit der Forderung zur Gründung einer Wanderbühne Thüringen mit ſtaatlicher Subvention nach dem Muſter der Bayeriſchen oder der Mitteldeutſchen Wanderbühne. Der Antrag wird vornehmlich damit begründet, daß trotz der zahlreichen, inſgeſamt mit 25 Millionen Mark vom Staat Thüringen ſubventionierten Thüringiſchen Landesbühnen ein großer Teil der Thüringiſchen Bevölkerung nur mit Aufwendung unermäßig großer Zeit- und Geldmittel ſich den Theaterbeſuch verſchaffen könne. Die Landesbühne ſoll dem Weimarer Generalintendanten unterſtellt werden. Die Eingabe fordert die Einſtellung von 50 000 M. in den Thüringiſchen Theateretat, mit denen die Wanderbühne ſubventioniert werden ſoll.

Beſchädigte Nahrungsmittel. Sehr intereſſante Unterſuchungen über die Wirkungen von künſtlichem Licht auf geſunde Nahrungsmittel ſind an der amerikaniſchen Wiſconſin-Universität in jüngſter

Zeit ausgeführt worden. Hierbei zeigte es ſich u. a., daß Tiere, die man excluſiv mit vitaminarmer Nahrung geſüttert hatte, von der engliſchen Krankheit verſchont blieben, die ſonſt ſtets als Folge einer ſolchen Ernährung auftritt, wenn die Nahrung vorher einer längeren Beſichtung ausgeſetzt worden war. Die Wirkung trat beſonders dann zu Tage, wenn mit ultravioletem Strahlen beſchienen wurde. Daraus folgt die ſehr bedeutſame Tatſache, daß es möglich iſt, bei gewiſſen Nahrungsmitteln durch ſtarke Durchleuchtung den fehlenden Vitamingehalt zu erſetzen, und damit erkläre ſich auch die Erſcheinung, daß die engliſche Krankheit in den Tropen und Subtropen, also in beſonders lichtſtarken Ländern, ſo gut wie gar nicht beobachtet wird, während ſie in den lichtarmen Ländern leider noch immer häufig genug auftritt.

Die praktiſchen Folgerungen aus dieſen Feſtſtellungen ergeben ſich ſelbſt. Man hat bereits angefangen, vitaminarme oder vitaminloſe Nahrungsmittel, wie es z. B. die meiſten Fette ſind, mit ultravioletem Strahlen zu beſchienen. In gleicher Weiſe könnte man auch vitaminarme Getreidearten behandeln, um den mangelnden Vitamingehalt wegzumachen. Immer kann durch Beſichtungen der Vitaminmangel allerdings nicht behoben werden. Vor allem verſagen ſie bei Milch. Man hat jedoch für vitaminarme Milch ein anderes, unbedingte wirksames Verbeſſerungsverfahren ausgeſucht. Vitaminarme Milch ſtammt immer von Kühen, die mit Dürre geſüttert werden, und Milch von ſolchen Kühen iſt nur ſehr minderwertig für Ernährungswecke. Füttert man hingegen mit konzentriertem Grünfütter, ſo behält die Milch ihren vollen Wert. Gegenwärtig werden bereits verſchiedene Großſtälle mit ſolcher, durch konzentrierte Grünfütterung der Kühe vitaminreich gemachten Milch verſorgt. Sie wird als Silo-Milch bezeichnet und iſt namentlich für Kinder zu empfehlen.

Eine Südpolar-Expedition nach Waſſiſchen. Als „einen neuen Abſchnitt in der Erforſchung des Südpolargebietes“ bezeichnete der engliſche Kolonialminiſter die Ausfahrt des alten Polarforſchungſchiffes „Discovery“, das jetzt umgebaut iſt und eine neue Expedition nach der Antarktis angetreten hat. Die Forſchungsgemeinſchaft wird drei Jahre lang im Südpolargebiet weilen, um die Lebensgewohnheiten der Waſſiſche zu erforſchen und neue Fiſchereigebiete aufzuſuchen. Man hofft, in den ungeheuren Meeren der Antarktis eine reiche Tierwelt anzutreffen, deren Ausbeutung dann in großem Maßſtab betrieben werden ſoll und ſicher das Ende des Waſſiſchen beſchleunigen wird.

In der Staatsoper gelangen in dieſer Spielzeit (in beiden Häusern) 59 verſchiedene Werke zur Aufführung (gegen 46 im Vorjahre). Die Spielzeit ſchließt unter den Umlen am 5. Juli mit einer Aufführung der „Meiſterſinger“, bei Kroll am 30. Juni, da dort während des Juli die Operette „Der Stern von Wien“ zur Aufführung gelangt. Die erſte Vorſtellung nach den Ferien iſt in der Staatsoper auf 20. August anberaumt.

Gegen Oſwald-Farben im Zeichenunterricht. Ein eben ergangener Erlaß des preußiſchen Kultusminiſteriums weist darauf hin, daß die Beſtellung von Schulen an Kuſtelungen, die der Veranſtaltung der Oſwald-Farbenlehre dienen, wegen der Bedenken, die von ſachverständiger Seite gegen die Verwendung der Oſwald-Farben im Zeichenunterricht erhoben werden, nicht erwünſcht iſt.

Amundsens Heimkehr.

Er rüstet zu einem neuen Fluge.

Klagen in immer häufigerer Zahl einfließen über mißbräuchliche Anwendung des Begriffes der Haftunfähigkeit durch verschiedene Gerichtspräsidenten. Die Verfasser des Erlasses hätten allerdings nicht vorausgesehen, daß einzelne Gerichtspräsidenten in Folge ungenügender Kenntnis der rechtlichen Dinge „Fluchtmöglichkeit“ mit „Fluchtverdacht“ verwechseln würden.

Ein Vertreter des Justizministeriums schob die Schuld an der Hineinschiebung desjenigen Passus in den Erlass, der praktisch zu einer besonderen Verschärfung der Bedingungen über die Unterhaltungshaft geführt hätte, dem Justizministerium zu.

Im Verlaufe der Fragestellung, die sich an diese Darlegungen angeschlossen, erklärte Ministerialrat Danforth vom Justizministerium, daß es gerade Dr. Thiele gewesen sei, dessen Verhalten Anlaß zu diesem Geheimrat gegeben hätte. Er führte ein Reihe von trassen Fällen an, in denen Dr. Thiele leichtsinnig Urteile auf Haftunterbrechung ausgestellt habe, wie z. B. im Falle eines Stillschreitensverbrechens und eines Raubmordes. Ein anderer Ministerialbevollmächtigter meinte, daß Dr. Thiele den Erlass zur Rechtfertigung seines Verhaltens im Falle Höhle lediglich vor sich habe. Auch Geheimrat Krohne, der ursprünglich die Anstellung von Dr. Thiele als Gefängnisarzt in Raabü empfohlen hatte, sah sich veranlaßt, angesichts der sich häufenden Klagen, gegen dessen Gutachterfähigkeit ihn zu zitieren und ihm Abberufung von seinem Posten anzudrohen. Bald darauf habe Dr. Thiele schriftlich darum gebeten, wieder eine Stelle als Kreisarzt zu erhalten.

Völkische Prinzipientreue.

320 000 Goldmark Provision.

München, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Troßdem die Konzession für den Bau der Zugspitzebahn vom zuständigen bayerischen Handelsministerium bereits erteilt ist, wird von gewissen Kreisen immer noch gegen den Bau der Bahn Sturm gelaufen. Eine führende Rolle spielen dabei die Völkischen, die offensichtlich dadurch einen starken Zulauf aus dem protestierenden Deutsch-österreichischen Alpenverein erhoffen. Nun ist ihnen aber das Mißgeschick passiert, daß, während sie von der Landtagstribüne herab gegen die Zugspitzebahn Sturm liefen, der Führer der Völkischen im Münchener Rathaus, der Rechtsanwalt Dr. Buchholz, sich vom Erbauer der Zugspitzebahn, dem Ingenieur Cathrein, eine Provision von rund 320 000 Goldmark ausgezahlt ließ zur Vermittlung von 8 Millionen vom Schuler-Konzern für den Bahnbau. Belustigend ist außerdem noch, daß dem ertrunkenen Sünden diese Provision von dem Führer des reaktionären und monarchistisch eingestellten „Bayerischen“, dem Ingenieur Ballerstedt, einem wütenden Preußenhasser, streitig gemacht wird; denn dieser behauptet in Verhandlungen, daß er der eigentliche Vermittler der 8 Millionen sei. Nur habe der bayerische Handelsminister durch unlautere Machenschaften ihn um den verdienten Lohn gebracht. Diese Behauptung läßt am Freitag der bayerische Handelsminister in einer amtlichen Auslassung als dreist und völlig haltlose Unwahrheit erklären.

Die Sozialdemokratie für die Altveteranen.

Erfolg unserer Genossen im Haushaltsausschuß.

Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums wurde in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Freitag die Fürsorge für die Altveteranen besprochen. Nach dem Haushaltsentwurf gibt es zurzeit noch 90 000 unterstützungsbedürftige Kriegsteilnehmer aus den Kriegen 1864 bis 1871. Die monatlichen Beihilfen betragen zurzeit 12,50 M. Insgesamt ist ein Aufwand für diesen Zweck in Höhe von 13,5 Millionen Mark vorzusehen. Die Deutschnationalen wollten sich bei dieser Gelegenheit bei den Altveteranen in empfehlende Erinnerung bringen. Ihr Abgeordneter Mann hielt eine von Wohlwollen erfüllte Rede und beantragte, die Reichsregierung zu ersuchen, die monatlichen Beihilfen durch einen Ergänzungshaushalt „beträchtlich erhöhen zu wollen“. Die Sozialdemokratie beantragte eine Erhöhung von 12,50 auf 30 M. und ließ in der Begründung durch den Abgeordneten Rohmann darauf hinweisen, daß den Altveteranen mit solchen Wünschen nicht gedient sei. Da es sich durchweg um 70-80jährige Leute handle, vermindere sich ihre Zahl so unheimlich, daß schon mit den vorgesehenen Etatsmitteln erheblich mehr geleistet werden könne, als eine Beihilfe von monatlich 12,50 M. Nach den bisherigen Erfahrungen müsse man mit einer Zulage von 1,50 bis 2 M. monatlich rechnen, wenn man die Erhöhung in das Ermessen der Regierung stelle. Daher stelle seine Partei einen konkreten Antrag. Von dem Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und dem Vertreter des Finanzministeriums wurde der sozialdemokratische Antrag im Hinblick auf die Konsequenzen bekämpft, die er für andere Versorgungsberechtigten haben könnte. In der Abstimmung wurde er trotzdem mit zehn Stimmen (Sozialdemokratie, Demokraten, Kommunisten und Völkische) gegen 8 Stimmen (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum) angenommen. Man darf gespannt sein, ob die Regierungsparteien den Mut haben, diesen Antrag im Plenum trotz der schönen Redensarten, die sie bisher für die Altveteranen bei jeder Gelegenheit übrig gehabt haben, wieder zu Fall bringen werden.

In der gleichen Sitzung des Haushaltsausschusses fragte der Abgeordnete Hünlich (Soz.), ob Organe der Reichsfinanzverwaltung an den Baukandalen in Westfalen beteiligt seien, von denen kürzlich in der Presse die Rede gewesen sei. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß davon weder dem Reichsfinanzministerium noch dem zuständigen Präsidenten des Bundesfinanzamtes bisher etwas bekanntgeworden sei. Die Untersuchung gehe jedoch weiter.

Stadt Berlin und Trianon-Film.

Darlehen hinter dem Rücken des Aufsichtsrats.

Im weiteren Verlauf des Wohnstätten-Trianon-Film-Prozesses kam gestern zur Sprache, daß auch die Stadt Berlin zu Wohnbauzwecken der Wohnstätten-Gesellschaft aus der Hauszinssteuer Beträge von insgesamt 4 Millionen gegeben habe. Stadtbau-Direktor Eckart war als Vertreter der Stadt Mitglied des Aufsichtsrates geworden. Am 1. Januar suchte ihn Geheimrat Glas auf und teilte ihm mit, daß die Geschäftsführer der Wohnstätten-Gesellschaft ohne sein Wissen Gelder an den Trianon-Film gegeben hätten. Der Zeuge riet darauf, sofort eine Sitzung des Aufsichtsrates einzuberufen und bis dahin nichts mehr zu zahlen, da bei der Vergabe eines so großen Darlehens die vorherige Genehmigung des Aufsichtsrates notwendig gewesen wäre. Auf eine Frage von Amtsgerichtsrat Friedberg stellte sich heraus, daß Geheimrat Glas veranlaßt wurde, sich am 1. Januar an die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates zu wenden, weil bei einer Verhandlung mit dem Trianonunternehmen Ignatz Schraffer ein Schreiben eines Redakteurs von der „Lichtbildschau“ vorgezeigt hatte, in dem die Frage nach der Quelle der reichen Trianon-Geldmittel aufgeworfen worden war. Daraufhin erst hatten Glas, Wenzel und Bretschneider die weiteren Verhandlungen abgebrochen und beschlossen, dem Aufsichtsrat über die Vorgänge Mitteilung zu machen.

Die Verhandlungen wurden darauf vertagt. Am Montag um 11 Uhr findet in dem Trianon-Filmatelier im Grunewald ein Pokaltermin des Gerichts statt, zu dem auch mehrere Sachverständige hinzugezogen werden sollen. Nach Beendigung des Pokaltermins werden die Verhandlungen im Kleinen Schwurgerichtssaal in Raabü fortgesetzt werden.

Wieder neue bulgarische Todesurteile. In Bulgarien verurteilte ein Kriegsgericht am Freitag zwei Angehörige zum Tode, 17 zu hohen Kerkerstrafen.

Amundsens Heimkehr hat in der ganzen Welt die lebhafteste Teilnahme ausgelöst. Das ganze deutsche Volk teilt die Gefühle, die in dem Glückwunsch des Reichspräsidenten Löbe an die kühnen Nordpolfahrer zum Ausdruck kommen. Wie die Meldungen aus Oslo zeigen, hat Amundsen die Absicht, zu einer neuen Expedition sofort alle Vorbereitungen zu treffen. Darüber wird uns aus Oslo gemeldet:

Oslo, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der norwegischen Hauptstadt herrscht wie im ganzen Lande große Begeisterung über die glückliche Heimkehr Amundsens. Man rechnet damit, daß die Expedition am 10. Juli an Bord des Kreuzers „Heimdal“ in Oslo eintrifft. Amundsen hat sich bereits dahin geäußert, daß er, sofort nach seiner Rückkehr den Organisationsplan für eine neue Flugexpedition in das Polargebiet in Arbeit nehmen wird.

Leber die Ergebnisse der Expedition während ihres Aufenthalts im Packeis nahe am Nordpol berichtet Amundsen selber nach der „Boskischen Zeitung“ u. a. folgendes:

„Wir stellten 1 Uhr früh am 22. Mai fest, daß wir die Hälfte unseres Benzinvorrates verbraucht hatten. Daher entschlossen wir uns, den Versuch zur Landung zu machen, um endgültig unsere Lage festzustellen und die Aussichten für den Weiterflug zu klären. Wir befanden uns gerade oberhalb einer großen Wasserlinie innerhalb des Eises, der ersten dieser Größe, welcher wir begegneten. Wir gingen nun tiefer herab, um das uns umgebende Eis zu beobachten und uns eine Ansicht zu bilden über die Gefahr, welche diese plötzliche Rinne innerhalb des Blockeises darstellte. Nicht einmal während des ganzen Fluges hatten wir bis dahin eine zur Landung geeignete Stelle gesehen, und auch diese war es eigentlich nicht.“

Wir stiegen uns nun auf das Wasser der Eisrinne herab. Unsere Befürchtungen wegen der Landung erwiesen sich als nicht unbegründet. Unmittelbar nach der Landung wurde Ellsworths Flugzeug zwischen den Eismassen eingeschlossen, und während wir versuchten, den Apparat wieder freizubekommen, froh die Eisrinne vollständig zu. Ebenso erging es meinem Flugzeuge.

Unsere Beobachtungen während der Nacht stellten nun unsere Position fest mit 87 Grad 44 Min. nördlicher Breite und 10 Grad 20 Min. westlicher Länge, so daß die Entfernung, die wir während unseres Achtstundensfluges bedeckt hatten, genau 1000 Kilometer betrug, unsere Durchschnittsgeschwindigkeit also 150-Stunden-Kilometer. Der Gegenwind hatte uns demnach um etwa 200 Kilometer zurückgebracht.

Wir nahmen zwei Lotungen vor. Sie ergaben, daß das Meer unter dem Eise eine Tiefe von 3750 Metern hatte. In den folgenden Tagen studierten wir nun die Einzelheiten der Strömung, beobachteten die magnetischen Abweichungen und stellten meteorologische Untersuchungen an.

Während unseres Fluges hatten wir nach Norden hin ein Gebiet von 100 000 Quadratkilometern überschauen können, das sich bis ungefähr 88,5 Grad nördlicher Breite erstreckte.

ohne daß auch nur das geringste Anzeichen für Land vorgelegen hätte.

In Anbetracht der durch unsere Lotungen festgestellten Tiefe halten wir es also für höchst unwahrscheinlich, daß auf dieser, der europäischen Seite des arktischen Meeres auch weiter nördlich Land sich befindet.

Die täglichen Rationen wurden vom ersten Tage an auf 300 Gramm pro Kopf herabgesetzt. Um das Flugzeug klar

zu machen, haben wir alle unsere Energie zusammennehmen müssen, und an den folgenden 24 Tagen erlebten wir Schwermüdigkeiten aller Art, hervorgerufen durch die

unberechenbaren Launen des unstillen arktischen Ozeans.

Das Flugzeug „N 25“ konnte nur nach größten Anstrengungen freigegeben werden. Das Flugzeug wies zwar Zeichen starker Abnutzung auf, schleppte sich aber beinahe unbeschädigt aus dem Packeis zum Startplatz, den wir in einiger Entfernung davon hergerichtet hatten.

Jetzt begannen unsere zahlreichen schweren Prüfungen und Sorgen. Am 14. Juni wurde das Eis durch große Spalten geöffnet, die ein Drittel unserer ganzen Arbeit auf dem Eise wegzuschwemmen drohten. Am 15. Juni wurden Startversuche mit stark verringerter Ladung gemacht. Beinahe das ganze Gepäck wurde entfernt, und nur einige Vorräte wurden behalten. Um 10,40 Uhr wurde der Kurs festgesetzt, und nach einem aufregenden Fluge, teilweise durch Nebel, erreichten wir Land im Nordosten des Nordkaps nach 8 Stunden 35 Min. Flugzeit. Dann landeten wir und warteten günstige Winde zur Fortsetzung des Fluges ab. Es verblieben 120 Liter Petroleum, um den Raum innerhalb des Patrouillengebotes der „Hobbø“ zu erreichen.

Infolge des Nebels konnten wir die beobachtete Fläche nur auf dem Rückfluge abschätzen: Es waren 60 000 Quadratkilometer, so daß die Expedition zusammen 100 000 Quadratkilometer bisher unerforschten Gebietes beobachtet hat.

Unmittelbar nach unserer Landung passierte der norwegische Robbenfänger „Sjoeniv“ aus Baafjord, Kurs nach dem Westen. Wir stiegen sofort zu ihm und gingen an Bord.

Die „Sjoeniv“ nahm das Flugzeug ins Schlepptau. Gegen Nacht verstärkte sich der Wind zum Sturm; wir waren daher gezwungen, zum Schutze Land auf der Westseite der Bady-Franklin-Bucht aufzusuchen, wo wir die Nacht verbrachten.

Da sich am 18. Juni keine Anzeichen besseren Wetters zeigten, so wurde das Flugzeug auf dem Landeise der genannten Bucht festgemacht und die Mitglieder der Expedition fuhrten auf der „Sjoeniv“ nach Kingsbay, um Betriebsstoff zu holen und später das Flugzeug heranzubringen. Wir kamen ungefähr um 1 Uhr früh in Kingsbay an.

Während der ganzen Navigation haben die Sonnenkompassse von Goerz vollständig zufriedenstellend gearbeitet. Kein anderes Flugzeug als der Dornier-Typus hätte den großen Druck überstehen können; ihre besondere Bauart hat sie, mehr als andere Typen, für unsere Anforderungen in besonderem Maße geeignet gemacht. Die Rolls-Royce-Motoren erwannen sich schon in den ersten wenigen Stunden unser Vertrauen. Nicht ein einziges Mal haben wir während der späteren Flüge, wo wir keine Möglichkeit einer Landung hatten, die geringste Furcht verspürt. Während unseres Aufenthaltes im Norden sind die Motoren immer augenblicklich, ohne Verzug, gestartet und haben das Fahrzeug gerettet, als wir gezwungen waren, es von dem drohenden Packeis hinwegzuschaffen.“

Deutscher Salut für Amundsen.

Oslo, 19. Juni. (W.B.) Die deutschen Kriegsschiffe „Hannover“ und „Elisa“ haben heute im hiesigen Hafen Anker geworfen. Außer dem gewöhnlichen Flaggсалut wurden außerdem Amundsens Rückkehr weiter 21 Schüsse abgegeben. Der deutsche Gesandte ging am Nachmittag an Bord. Am Mittwoch gehen die Schiffe ihre Reise fort.

Chamberlain muß Klarheit verschaffen.

Die Arbeiterpartei will ihn zwingen.

London, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Macdonald im Namen der Arbeiterpartei im Unterhaus am kommenden Mittwoch eine große außenpolitische Aussprache durch die Einbringung eines Antrages auf Klärung des Gehalts des Außenministers erzwingen wird. Die Arbeiterpartei wird die gesamte und besonders die Politik Chamberlains aufs schärfste angreifen und Klärung über die auch nach der Publikation der diplomatischen Korrespondenz verbliebenen Unklarheiten über ein Durchmarschrecht Frankreichs durch die entmilitarisierte Rheinlandszone im Falle eines Ostkonflikts fordern.

Keuternote gegen Macdonald.

London, 19. Juni. (W.B.) Reuter verbreitet folgende Mitteilung: In unterrichteten Kreisen besteht zwar keine Meinung, sich zu den Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu äußern, da das Blaubuch für sich selbst spreche; jedoch kommt die Auffassung zum Ausdruck, Großbritannien werde tatsächlich keine neuen Verpflichtungen übernehmen, sondern nur seine bisherigen genauer umschreiben. Es wird darauf hingewiesen, daß England als Mitglied des Völkerbundes selbstverständlich durch dessen Satzung gebunden ist. Es wird als etwas auffällig bezeichnet, daß in gewissen Kreisen, von denen das Genfer Protokoll befürwortet wurde, nimmehr der Sicherheitspakt bekämpft wird, denn letzterer beziehe sich letzten Endes auf nur zwei Staaten, während das Genfer Protokoll alle Staaten umfassen sollte. England stellt kein Eingreifen in einen Krieg in Aussicht, an dem seine Interessen nicht beteiligt sind; aber es glaubt, seine Stellung klar umschreiben und Mächte, zwischen denen kriegerische Bewidlungen möglich sind, zur Unterzeichnung eines mit verstärkten Garantien versehenen Paktes veranlassen zu sollen, um einen Krieg zu verhindern, in den es jedenfalls ohne das Vorhandensein einer Garantie verwickelt werden könnte.

Die neue Regierung Belgiens.

Schlechte Presse, aber sichere Mehrheit.

Brüssel, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die neuen Minister haben ihre Ämter übernommen. Der Ministerrat setzte am Freitag die Regierungserklärung fest, die Pouillet am Dienstag in der Presse über die Regierung ungünstig, was jedoch wenig bedeutet, da eine starke Mehrheit im Parlament sicher ist. Die liberale Presse wütet und erklärt, die „Internationalisten“ Banderelde und Hymans werden die eigentlichen Chefs der Regierung sein. Auch die katholische Presse, so weit sie nicht lärmend ist, kritisiert die Regierung teilweise sehr heftig. Die Nationalisten heulen über den angeblichen Sieg der „lärmenden extremistisch-separatistischen Demagogen“. Das Urteil des sozialistischen „Peuple“ ist maßvoll und sehr vertrauensvoll in die Fähigkeit und die Energie der sozialistischen Minister und Fraktion.

Verschärfung in China.

Mobilisierung der britischen Volunteers.

Hongkong, 19. Juni. (Reuter.) Die britischen Freiwilligen wurden benachrichtigt, daß angesichts der bedrohlichen Lage eine baldige Mobilisierung zu erwarten sei. — Eine Bande von Chinesen bemächtigte sich des englischen Handelsdampfers, der zwischen Hongkong und Masao verkehrt. Der Streik hat sich auf die Mannschaft der britischen Küstendampfer ausgedehnt. In Tschantung wurde der britische Konfuz gezwungen, sein Amtsgebäude zu verlassen. Engländer werden in den Straßen der Stadt täglich angegriffen oder mit Steinwürfen bedroht.

Die Regierung unterstützt die Streikenden.

Schanghai, 19. Juni. (Reuter.) Das Verkehrsministerium ordnete an, daß von den Gehältern der Telegraphen-, Post- und Eisenbahnbeamten monatlich ein Tagesgehalt zur Unterstützung der Streikbewegung abgezogen werden soll. Viele ausländische Einwohner von Tschantung sind wegen der Drohungen der Streikenden an Bord der Kanonenboote geflüchtet. Die schlimmste Zeit der Unruhen scheint jedoch vorüber zu sein.

Abbruch der Verhandlungen.

London, 19. Juni. (W.B.) Nach einer Reutermeldung aus Schanghai wurden die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den Vertretern der chinesischen Regierung abgebrochen.

Wichtiger Hinweis.

Tragen sich die Deutschnationalen mit der Absicht, aus der Regierung auszuscheiden, sobald es ihnen geglückt ist, sich durch die Bewilligung der Agrarfrage eine Vermögensaufwertung in einer Höhe zu verschaffen, deren Hälfte den armen betrogenen Sparern genügen würde? Wir werden sehr bald die Antwort auf diese Frage von autoritativster Stelle erhalten, und zwar durch den Entwurf eines neuen Urheberrechtsgesetzes, den Herr Reichsminister Schiele vorbereitet. Wir glauben aus dem Kreise unserer Leser ein Bisco? zu hören. Nun also: Herr Schiele war, ehe Herr Luther ihn in seine Galerie bedeutender Männer aufnahm, ein Schriftsteller von Ruf. Und zwar genoh er den Ruf eines Plagiators. Man nannte ihn allgemein den Proudhon von Schöne, weil er sich mit Nachdruck (in jeder Beziehung) zu dem Satz: „Eigentum ist Diebstahl“ bekannte. Mit einem rührenden Sammelheft suchte er auf den Feldern anderer Blumen, die er seinem eigenen literarischen Stroh hinzufügte. Wenn nun der Entwurf des Schiele'schen Urheberrechtsgesetzes den Schutz des literarischen Eigentums beseitigt, so wird das ein sicheres Anzeichen dafür sein, daß Herr Schiele demnachst seine schriftstellerische Tätigkeit wieder aufzunehmen gedenkt, also sein ministerielles Dasein beenden will. Im einziggelegenen Falle werden die Werte deutscher Schriftsteller noch einige Zeit gegen die Amerigungsgeflüste des Schiele geschützt sein.

Gewerkschaftsbewegung

Hochbahnreaktion.

Eine sehr stark besuchte Versammlung des technischen Personals der Hoch- und Untergrundbahn nahm vorgestern, Donnerstag, zu dem Vorgehen der Hochbahndirektion, einen Abbau der Betriebsvertretung vorzunehmen sowie die Arbeitszeit, die laut Tarifvertrag auf 8 Stunden pro Tag festgelegt ist, auf 9 Stunden und darüber hinaus zu verlängern.

In der Aussprache führten Schner und Hiller vom Verkehrsband aus, daß keinerlei Recht der Direktion besteht, die tariflichen Abmachungen auch nur anzutasten, geschweige zu durchbrechen. Die Hochbahn hat keine Ursache, Sparmaßnahmen an falscher Stelle vorzunehmen, die Arbeitnehmervertretung wird sehr gut in der Lage sein, Vorschläge zu machen, wie und wo gespart werden kann. Einmütig angenommen wurde folgende

Entschlieung:

„Die stark besuchte Vollversammlung des technischen Personals der Hoch- und Untergrundbahn erhebt gegen das Vorgehen der Direktion gegenüber der Arbeitnehmervertretung sowie gegen die Forderung einer dauernden Ueberleistung den schärfsten Protest.“

Die Versammelten erklären in dem brutalen Vorgehen eine Schmälerung der Rechte der Betriebsvertretung und eine glatte Durchbrechung des tariflich festgelegten Achtstundentages.

Die Versammelten haben Ueberleistungen, die erforderlich waren und im Interesse des Betriebes lagen, niemals abgelehnt, sie müssen sie aber in Zukunft entschieden ablehnen, wenn die Verwaltung durch Einführung einer neunten Arbeitsstunde einen Dauerzustand zu schaffen gedenkt.

Die Versammelten erwarten von den an dem Betrage beteiligten freigewerkschaftlichen Organisationen, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Einhaltung des Vertrages durch Aufgbe der unbedingtesten Forderung — Leistung von Mehrarbeit bzw. Ueberstunden — von der Hochbahndirektion erzwingen.“

Eine zweite Entschlieung protestiert aufs schärfste gegen die Einführung der Schußhilfe, weil diese neue enorme Belastung der arbeitenden Bevölkerung darstellen; sie verlangt die Abschaffung der Lohnsteuer und protestiert gegen den versuchten Amneidiebstahl.

Neuer Konflikt in der Metallindustrie.

Wie der VBMJ. Konflikt erzeugt.

Der Verband Berliner Metallindustrieller verbietet seinen Mitgliedsfirmen, vom Arbeitsnachweis Leute anzufordern.

Bei der Firma Tenner befindet sich ein Teil der Belegschaft im Auslande. Dieser ist herbeigeführt durch die voreilige Handlungsweise des Herrn Reich, Vertreter der Firma Tenner.

Durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation wurde versucht, die Differenzen beizulegen. Nachdem die Verhandlung als gescheitert zu betrachten war, verlangte die Firma nun von dem Arbeitgeberverband Hilfe. Daraufhin hat der VBMJ. beschlossen und durch Rundschreiben an die Mitglieder bekanntgegeben, daß ab 19. Juni keinerlei Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis bezogen und überhaupt keiner eingestellt werden dürfe.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit reden die Unternehmer davon, daß Staat und Wirtschaft nur gesunden kann durch langfristigen sozialen Frieden. Wenn so der soziale Frieden der Arbeitgeber ausbleibt, indem man zur Erreichung eines Friedens den Firmen verbietet, Leute einzustellen und meint, einen Druck auf die Ausständigen der Firma Tenner auszuüben, so scheint das zum mindesten eine verkehrte Annahme zu sein.

Aber die arbeitslosen Fach- und Hilfsarbeiter werden nicht warten, bis die Herren vom VBMJ. ihren Beschluß aufheben und ihnen gnädigst wieder gestatten, in einem Betriebe des VBMJ. in Arbeit treten zu dürfen, denn für sie bietet sich zurzeit genügend Arbeitsgelegenheit und vor allem bessere Verdienstmöglichkeiten in den Betrieben, die dem VBMJ. nicht angehören.

Teilstreit in der Altmetallbranche.

In den Altmetallbetrieben ist es zur teilweisen Arbeitseinstellung gekommen, da die Unternehmer seit längerer Zeit Verhandlungen mit der Organisation über Lohnerhöhung abgelehnt hatten. Durch die Arbeitseinstellung sind die Arbeitgeber verhandlungsbereit geworden, so daß bereits gestern (Freitag) nachmittags Verhandlungen über die Beilegung des Streiks angebahnt worden sind. Zu einem befriedigenden Ergebnis ist es nicht gekommen; das Angebot war demnach niedrig, daß die Versammelten die Weiterführung des Streiks beschlossen haben.

Delegiertenwahl der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich mit der Wahl der Delegierten zum 10. Verbandstage der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt a. M. Nach dem üblichen Geschrei über das Verhalten der „reformistischen Gewerkschaftsführer“ in bezug auf Stützung der „reformistischen Kandidaten“, Achtstundentag und der Herstellung der internationalen Einheit, empfiehlt sie die Wahl der „oppositionellen“ Kandidaten. Obwohl einheitsliche Listen in allen Branchen aufgestellt sind, in fröhlichen Betrieben sogar Vorkommnisse über die aufzustellenden Delegierten stattgefunden hat, kommt es ihr in der Hitze des Gefechts gar nicht darauf an, selbst die Streichung ihrer eigenen Anhänger, wo zwei sich gegenüberstehen, zu empfehlen. Die Hauptsache für die SPD. ist, Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft zu stiften. Deshalb fordern wir alle, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationalen stehen und nicht wollen, daß die Gewerkschaften zum Tummelplatz politischer Leidenschaften werden, auf folgende Streichungen auf dem ordentlichen Stimmzettel vorzugehen:

Branche I, Gaswerke: 1. Rudolf Diehe, Gaswerk Legel; 2. Otto Weiner, Technische Unterabteilung; 3. Hermann Petrusche, Gaswerk Charlottenburg. Branche V, Kranarbeiten: 1. Willy Bollberg, Dalldorf; 2. Willy Köstl, Rudolf-Birchow-Krankenhaus; 3. Willy Köstl, Buch. Branche VII und XI, Güter, Forsten und Kanalisation: 1. Karl Bollmann, Kanalisation. Branche IX, Nahrungsmittel: 1. Frh. Ederlank, Schlacht- und Viehhof. Branche X, Wirtschaftsbetriebe: 1. Ernst Ring, Schuhmacher.

Die Wahlen finden statt am 20., 21. und 22. Juni.

Streikspielerei.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter schreibt uns: Die „Rote Fahne“ brachte dieser Tage eine Sperrnotiz über die Firma Berliner Verlagsbuchhandlung Kölle, G. m. b. H. Unsere Organisation hat eine Sperrung über diesen Betrieb nicht verhängt. Es wurde unter dem 13. d. M. eine Vereinbarung getroffen, wonach die Kündigungsfrist, wie in den übrigen VDB. Betrieben in Berlin, gegenseitig täglich ist. Die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden beträgt; in Ausnahmefällen, d. h. nur bei ganz dringenden Gelegenheiten kann 47 1/2 Stunde gearbeitet werden, es werden jedoch 48 Stunden bezahlt. Die 2 1/2 Mehrstunden sind nur bei frühem Arbeitschluss, am Sonnabend, zu leisten.

Die Firma erklärt, Akkordarbeit nicht einzuführen. Regelmäßiger Zahlung ist der Donnerstag. Von den 14 entlassenen Arbeitern, die zum Teil selbst aufgehört haben, stellt die Firma sieben wieder ein, für die (sie sind namentlich aufgezählt) in bezug auf Ferien usw. das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen gilt.

Diese Vereinbarung ist ein entschiedener Fortschritt. Die Firma hatte Verschleierungen versucht. Die Sonderorganisation streift, um eine 14tägige Kündigungsfrist zu erhalten und weil einer der ihrigen nicht wieder eingestellt wurde. Es ist alte gewerkschaftliche Übung in solchen Fällen, dem einzelnen eine auskömmliche Minderungsunterstützung zu zahlen und die übrigen Kollegen nicht länger in einem aussichtslosen Kampf verharren zu lassen.

Streik bei der Stempelfabrik N. Kuerbach.

Am Sonnabend, den 6. d. M. ist die gesamte Belegschaft obiger Firma, Berlin, Grünauer-Str. 17, in den Streik getreten. Seit dem 11. März d. J. hatte der Betriebsrat ständig über Lohn- und Akkordhöherungen sowie über die Gewährung von Ferien resultativ verhandelt. Trotzdem der Stundenlohn für Mechaniker 68 Pf. und der Akkordlohn 70 bis 85 Pf. im Durchschnitt betrug, lehnte die Firma jedes Zugeständnis sowie die Gewährung von Ferien rundweg ab und erklärte sich erst nach endlosen Verhandlungen bereit, die Akkordpreise um 5 Proz., die der ständigen Lohnarbeiter je nach dem Ermessen der Betriebsleitung evtl. um 10 Proz. zu erhöhen. Die Gewährung von Ferien lehnte die Firma in dieser Verhandlung ebenfalls ab, erklärte sich jedoch bereit, eine Entschädigung dafür zu zahlen, und zwar für Arbeiter bis fünfjähriger Beschäftigung einen Tagelohn, von 5 bis 10jähriger Beschäftigung zwei Tagelöhne, über 10jähriger Beschäftigung drei Tagelöhne.

Nunmehr wurde der Schlichtungsausschuss angerufen; er machte nur den Vergleichsvorschlag, daß die bestehenden Löhne um 12 1/2 Proz., die Akkordhöhe um 5 Proz. erhöht werden und Urlaub gewährt werden sollte bei einer Beschäftigungsdauer von 1 bis 5 Jahren drei Tage, über sechs Jahre fünf Tage. Diesen Vorschlag lehnte die Arbeiterschaft ab. Eine nochmalige Verhandlung scheiterte an dem Starrsinn der Betriebsleitung. Alle Arbeiter der Stempelindustrie werden ersucht, unter allen Umständen mit den streikenden Arbeitern Solidarität zu üben und evtl. verlangte Streikarbeit zu verweigern.

Wie die Banken sparen.

Von einem abgebauten Bankangestellten wird uns geschrieben: Einfeinder war im ganzen ein Menschenalter bei Banken tätig und wurde Ende des Vorjahres abgebaut, obwohl keine Notwendigkeit vorlag, da der Posten als Wechselbureauvorsteher nicht aufgehoben werden konnte, sondern heute noch fortbesteht. An dem Posten sitzen zwei junge Leute, die nie in Wechselbureau tätig gewesen sind. Ich frage, ob die Banken, die sich hauptsächlich auf Behelingszüchterei berufen, nicht mit Rücksicht auf eine solche lange Tätigkeit zu einer hinreichenden Pension oder Abfindungssumme verpflichtet wären? Von dem Abbau der Direktoren, von denen hier drei überflüssig sind, hört man nichts. Trotzdem klagt man andauernd über Geschäftstillstand und schlechten Verdienst. Die Hauptsache ist ja, daß die Direktoren ihre durch nichts begründeten hohen Gehälter weiterbezogen können und daß die frühere elende Protektions- und Korruptionspolitik in dem alten Modus noch fortbesteht. Heute bin ich noch stellungslos und lebe mit Familie von 14 M. die Woche. Ein kleiner Beitrag zum Elend.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Antrag der Unternehmern, einen Schiedsspruch für die Lohnregelung in der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie zu fällen, abgelehnt und die Angelegenheit an den Schlichter für Rheinland und Westfalen zurückverwiesen. Der Termin der neuen Lohnverhandlungen steht noch aus.

Bei den Oberhausener Zettkohlenzechen wurde zum 1. Juli wieder einer Anzahl Arbeiter gekündigt. Die Feierlichkeiten dauern an.

Die rheinisch-westfälischen Ziegeleiarbeiter streiken, weil der Ziegeleiverband die vom Schiedsrichter vorgeschlagenen Arbeiterlöhne abgelehnt hat.

Ein Straßenbahnstreik in Frankfurt a. M. ist gestern, Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr ausgebrochen. Die Wagen werden nur noch in die Bahnhofe geführt. Da der Ausfall gerade in der Hauptverkehrszeit begann, machte sich die Störung im Verkehr und im Geschäftsleben bereits außerordentlich bemerkbar.

Der Streik in der Schmelzindustrie von Charleroi ist vollständig. Die Arbeiter richten sich in voller Ruhe auf einen längeren Kampf ein. Hunderte von ausländischen Arbeitern der Industrie, namentlich Italiener, verlassen das Land. Ihr Urlaub nach dem Streik wird nicht leicht sein.

Achtung, VDB.-Schuhmacher! Am Montag abend 5 Uhr findet eine Versammlung aller Genossen und Sympathisierender bei Stamer, Weberstr. 24, statt.

VDB.-Mitgliederversammlung der Berliner Holzindustrie am Montag abend 6 Uhr im Klubhaus, Dönh. 2. Stellungnahme zum Tarifvertrag. Erklären unbedingt erforderlich!

Wiesler der Firma Bergmann, Seestraße! Die Arbeitsaufnahme erfolgt heute, Sonnabend, zur gewöhnlichen Zeit. Deutscher Metallarbeiterverband.

Deutscher Holzarbeiterverband, Silberhaken- und Goldleistenbranche. Versammlung aller Branchenvorstände am Montag, 22. Juni, nachmittags 5 Uhr, in den Ankerhallen. Stellungnahme zum Verhandlungsverfahren.

Kammerer! Heute, Sonnabend, morgen, Sonntag, und Übermorgen. Montag Versammlung in allen Bezirken. Bezirk 30 und 28 Montag in den bekannten Lokalen.

Verantwortlich für Vollst.: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Caleraws; Gewerkschaftsbewegung: J. Geiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schimanski; Lehrer und Schlichter: Fritz Kautzsch; Anzeigen: E. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Vindobrunner 2, Siegen 2, Bologna und „Hilfsdruckerei von Biffen“.

DUNLOP

CORD

Schwarz der Reifen — Hell die Freude

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

BILLIGE ANGEBOTE

Musseline 95 Baumw., ca. 80 cm br., Mtr. 500 Pf.	Popelin 4⁵⁰ reine Wolle, ellenbreit, 100 cm breit Meter 500	Japon 3⁹⁰ ca. 90 cm breit, in vielen Farben Meter	Morgenröcke 5⁹⁰ feine, aus einfarbigem Waschstoff, selten zum Binden	Tiroler Trachten-Joppen 9⁷⁵ blau und braun Beinkleiden...
Crêpe marocain 1⁹⁵ doppeltbreit, moderne Muster, Meter	Cheviot 3⁶⁰ reine Wolle, ellenbreit, 130 cm breit Meter 450	Kaschmir 4⁹⁰ Kunstseide, doppeltbreit, fließendes Gewebe Meter	Schlüpfer 3⁵⁰ Kunstseide, in vielen Farben und Größen	Trachten-Hosen 11⁰⁰ aus braunem Velours...
Kasak 5⁵⁰ aus gutem bzw. Crêpe, mit langen Ärmeln, in bunt. Ausmusterung	Strümpfe 75 für Damen, Doppeltahle und Hochferse Pf.	Tischtücher 5⁷⁵ Baumw., Halbleinen, 125 x 125...	Bademäntel 23⁵⁰ feine Form, Ia. Qualität...	Schürzen 1²⁵ farbig und hübsch garniert, Größe 85-90 cm 1 ⁷⁵ 40-60 cm
Bluse 5⁷⁵ aus Vollwolle, mit Böhkrag, Jabot, Einsätzen und langen Ärmeln, reich ausgeführt...	Socken 55 für Herren, einfarb., mit verstärkter Ferse u. Spitze	Laken 5²⁵ Haustuch, 140 x 210	Hemd hose 6⁹⁰ mit eleganten Spitzen, weis und viele Modelfarben	Linoleum 2⁹⁰ Auslogware, gemastert, 300 cm breit Quadratmeter
Regenschirm 5⁹⁰ in guter Ausführung	Schlüpfer 1²⁵ für Damen, feine Baumwolle, gewebt, farbig	Selbstbinder 1²⁵ in reicher Ausmusterung	Büstenhalter 1⁴⁵ Kunstseide	Velours-Vorlagen 9⁵⁰ mit Franzen, in vielen Farben, Größe ca. 70x140 cm

HERMANN TIETZ

Sonntägliche Wanderziele.

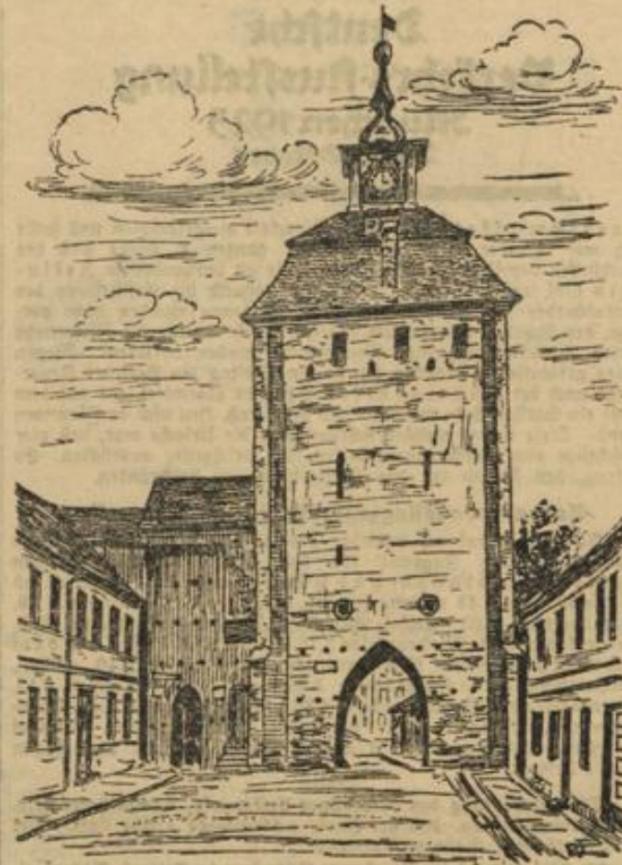
Am Liepnihsee.

Bernau, das alte märkische Landstädtchen, wählen wir zum Ausgangspunkt unserer Wanderung. Obwohl es nur wenige Meilen von der Reichshauptstadt entfernt ist, hat es doch noch viele seiner Eigenarten, besonders in baulicher Hinsicht, gewahrt. Vom Bahnhof, wohin wir mit der Stettiner Vorortbahn gelangen, wandern wir durch das Königstor (Abbildung) in die Stadt. Das Tor ist durch einen Zwischenbau mit dem Wallturm verbunden, auf dem seit altersher Störche nisten. Im Torgebäude befindet sich ein kleines Museum, in dem einige alte Waffen gezeigt werden, die angeblich im Kampf mit den Hussiten erbeutet wurden. Die Hussiten erschienen am 23. April 1432 vor Bernau und versuchten, die Stadt zu erklimmen; unrichtiger Dinge mühten sie jedoch wieder abzugeben. Größere Reste der Stadtmauer sind noch besonders an der Grünstraße erhalten; hier steht auch der 29 Meter hohe Pulverturm. Bernau war eine alte mendische Siedlung, die 1232 Stadtrecht erhielt und befestigt wurde. Inmitten der Stadt, nahe beim Marktplatz mit dem Rathaus, erhebt sich die Marienkirche, die dem Ende des 15. Jahrhunderts entstammt. Sie ragt weithin über das Stadtbild hinaus. Bernau war in früheren Zeiten berühmt durch das Bier, das hier gebraut wurde, und das weit in die brandenburgischen Lande hinein und über ihre Grenzen fort verkauft wurde. In der Nähe von Bernau entspringt die Panke, die sich im Herzen der Reichshauptstadt mit der Spree vereinigt. Im ehemaligen Wälderort und an der Kapelle des St. Georgshospitals von 1328 vorüber kommen wir auf der Wandlitzer Chaussee am Wälderort Waldlager zum Anfang des Waldes. Durch prächtigen Kiefern- und Laubwald führt die Chaussee weiter zum „roten Wegweiser“. Hier biegen wir halbrechts ab und wandern durch dichte Buchenwälder zum Liepnihsee. Reich an Geschichte und Sage ist die Umgebung unseres Sees. Der Wald raunt uns die alten Mären, die Begebenheiten der Vergangenheit zu. Er flüstert von dem Ort, der nach dem See seinen Namen hatte, und dessen Bewohner die Pest dahinraffte bis auf den letzten Mann, so daß das Dorf wüst wurde, und niemand mehr die Stelle auffinden kann, da es einst stand. Auch von der Schar der Hussiten weiß er zu erzählen, die 1432 im Walde lagerte und hier von den Bernauern erschlagen wurde, so daß noch jetzt der Wegweiser (an der Bernauer Chaussee) rot vom Blut, und der Boden ringsum blutwarm ist. — Der Liepnihsee ist einer der schönsten Seen der Mark Brandenburg. Wir umwandern ihn auf seinem Südufer. Nahe dem Westende rinnt eine Quelle aus dem Boden, die klares, kühles Nass spendet. Der Pfad bleibt dicht neben dem See und gibt uns mit jedem Schritt wechselnde Ausblicke über die glänzende Wasserfläche und die bewaldeten Höhen der Ufer. An manchen Stellen durchziehen Schluchten den Wald und gewähren Einblicke in die Buchenhallen. Inmitten des Liepnihsees liegt der Große Werder, der bewohnt ist und zum größten Teil aus Kiefernland besteht. Auch Spuren aus vorchristlicher Zeit befinden sich auf dem Werder: man hat Urnenscherben, sowie Stein- und Bronzegegenstände zutage gefördert. Der Liepnihsee sowie das ehemalige Dorf Liepnitz (Lipa — mendisch Lipde) deuten darauf hin, daß in früheren Zeiten die Lipde hier noch zahlreicher vorkommen mußte. Sie war damals noch ein häufiger Baum des deutschen Waldes, aus dem sie jetzt so gut wie ganz verschwunden ist. — Am Ostende des Liepnihsees liegt Lehndorf, eine stille trauererlösende Siedlung von nur wenigen Häusern. In dem ehemaligen Forsthaus befindet sich jetzt eine Jägerherberge der Stadt Berlin. Von Lehndorf wandern wir auf dem Bernauer Weg durch den Wald zum Süd. Ein Teil des Waldes heißt „der Wälderort“. Auch diese Bezeichnung erinnert an einen Ort gleichen Namens, der in den Kriegs- und Pestheimsuchungen vergangener Jahrhunderte vom Erdboden verschwunden ist. Wenn wir den Wald erreicht haben, sehen wir vor uns Bernau, während links Badebura liegt. Nach kurzer Wanderung haben wir die alte Hussitenstadt wieder erreicht, von wo aus wir die Rückfahrt antreten. (Weglänge etwa 27 Kilometer.)

Beelitz-Seddin.

Mit den Vorortzügen der Wehlarer Bahn fahren wir von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn oder vom Bahnhof Charlottenburg bis Beelitz (Heilstätten). Dicht am Bahnhof liegen die Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Berlin. Wir wandern vom Bahnhof auf der Chaussee zum Südost durch Kiefernwald. Nach etwa einer Stunde haben wir das Ende des Waldes erreicht. Hier liegt der Bahnhof Beelitz-Stadt der Umgehungsbahn Oranienburg—Jüterbog. Bald darauf kommen wir in die Stadt Beelitz. Bereits in einer Minute von 997 wird Beelitz als Burg erwähnt; 1247 ist es Stadt. Ebenso wie Bilsdorf war auch Be-

litz im Mittelalter durch sein Wunderblut berühmt, das aus einigen Hostien fließen sollte. Die Wallfahrten zum Wunderblut währten bis in das 16. Jahrhundert hinein. Eine besondere Kapelle, die heute noch an der Nordseite der Kirche erhalten ist, mußte für die Wallfahrer erbaut werden. Besonderer Beliebtheit erfreut sich jetzt Beelitzer Landspargel und (Zeltower) Rübchen, die hier in ganz besonderer Güte gezüchtet werden. Von der Größe der auch auf der Beelitzer Feldmark vorkommenden Eiszeitgeschiebe gibt die Grotte ein anschauliches Bild, die in den gärtnerischen Anlagen beim Schulhaus aus solchen Geschieben errichtet ist. Beelitz liegt an der Rieplitz, die am Nordhang des Fläming, unweit Treuenbriegen, entspringt



Das Königstor in Bernau.

und nordöstlich von Beelitz in die Ruche mündet. — Wir wandern von Beelitz gen Nord auf der Chaussee durch Wald nach Seddin, am Westende des Großen Seddiner Sees. In diesem Dorf gibt es noch viele alte Fachwerkhäuser mit Strohdächern. Die Dorfstraße führt östlich zum Dorf hinaus. Nach etwa ¼ Stunde biegen wir auf dem sandigen Feldweg nach links ab, der uns zum Ufer des Sees bringt. Der Weg führt zu einer Anhöhe mit schönem Blick auf das vor uns liegende Rähnsdorf, dann in das Dorf selbst hinab. Hier gibt es noch schöne alte Häuschen und malerische Winkel, auch noch alte Stallgebäude mit Uebergang und Bogengalerie. Zwischen dem Großen Seddiner See und dem rechts gelegenen Kleinen Seddiner See wandern wir nach Wildenbruch, das am östlichen Ende des Großen Seddiner Sees liegt. Einige kleine romanische Fenster der Kirche deuten auf deren hohes Alter hin. Von Wildenbruch führt uns die Chaussee nordwestlich in etwa einer Stunde nach Rähnsdorf, einem langgestrecktem Dorf, dessen Kirche ebenfalls ein hohes Alter besitzt. Das Dorf wird bereits 1375 erwähnt. Von Rähnsdorf fahren wir mit der Wehlarer Bahn nach Berlin zurück. (Weglänge etwa 22 Kilometer.)

Besser für Berlin und Umgegend. Heiter bis wolken, keine erheblichen Regengüsse mehr. — Für Deutschland. In Westdeutschland noch leichte Regengüsse, im Osten keine erheblichen Niederschläge.

Kalte Tage im Juni.

Endlich kam der langersehnte Regen! Aber er brachte etwas anderes, Unerwünschtes mit: richtige Oktobertälte. Die heißen Tage hatten alle warmen Kleidungsstücke längst in den äußersten Schrankwinkel verbannt; mutig versuchten jetzt die leichten Sommerhosen dem Witterungsumschlag zu trotzen. Doch die Kaltenpigen ihrer Träger wurden immer rötter, die Gesichter frostig grau. Und schließlich war jeder zufrieden, wieder in den warmen Rock, den molligen Wintermantel schlüpfen zu können. Die Bettler freilich haben böse Zeit. Wie viele von ihnen besitzen andere Kleider, als die sie auf dem Leibe tragen? Frierend hocken sie auf den Steinbänken, lehnen sie sich in die Mauerecken, froh, wenn ein barmherziger Sonnenstrahl sie streift. Für sie, die tagaus tagein auf der Straße leben, ist das Wetter Schicksal, das sie ergeben tragen, weil es sinnlos wäre, darüber zu jammern. Sie wissen, daß Kälte und Wärme, Regen und Sonnenschein sich abföhen; ob heut oder morgen, ist ihnen gleich. Wann immer der Regen kommt, wird er sie nassen und die Kälte sie frieren machen; aber Sonnenschein und Wärme müssen schließlich doch wiedertreten. Auch die Zeitungverkäufer behielten ihren Gleichmut. Mit hochgeschlagenem Mantelkragen, wie im Winter in dicke Lächer geschüllt, springen sie durch die Pfützen, um noch schnell den Jahrgängen auf der Straßenbahn die gewünschten Blätter zuzureichen. Dann stampfen sie auf und ab, um sich zu erwärmen und die nassen Füße zu trocknen — bis die nächste Bahn kommt. Die anderen „fliegenden“ Händler, die sonst bald hier, bald dort ihre Waren feilboten, sind zum größten Teil aus dem Straßenbilde verschwunden. Einige Eiswagen, die sich noch behaupten, stehen reglos da; kaum daß sich einmal ein Kind gewohnheitsmäßig die beliebte „Eiswaffel“ erischt. Junge Burken und Geschäftsmädchen, sonst die Hauptkundschaft dieser jahrbaren Eis„salons“, eilen frohlockend vorüber. Aber die Eishändler sind Optimisten; ihr Geschäft läßt sich nur im Sommer betreiben, da wollen sie keinen halben Tag ungenützt lassen. Und sie wissen, daß innerhalb weniger Stunden die ersehnte Erwärmung eintreten kann.

Ankunft der Wiener Philharmoniker.

Die Wiener Philharmoniker, das berühmte Orchester der Wiener Staatsoper, insgesamt 90 Mitglieder, sind gestern nachmittag um 1 Uhr 30 Minuten auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eingetroffen. Zu ihrem Empfang waren u. a. erschienen Vertreter der österreichischen Gesandtschaft, des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes und ein Vertreter des Oberbürgermeisters Böhm, der ein Willkommensschreiben und eine Einladung des Oberbürgermeisters überbrachte, ferner zahlreiche Freunde der Wiener Philharmoniker.

Im Namen des verhinderten Präsidenten des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes Löbe hielt Minister Dietrich eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte: „Die Kunst, die Wissenschaft, die Kultur sind das, was Deutschland und Deutschösterreich heute schon als Gemeingut haben, und wohl gerade die Musik ist das gemeinamte Gut, das auch in den Zeiten früherer Gegensätze nicht österreichisch, nicht deutsch, sondern gemeinsam deutsch war. Hier lesen die Fundamente, auf denen die politische Arbeit aufbaut. Die Pflege der geistigen und künstlerischen Gemeinschaft ist die Voraussetzung für die Weiterentwicklung unserer Pläne, den politischen Anschluß allen Widerständen zum Trotz durchzusetzen. Wie oft schon haben unsere Brüder in Oesterreich den Anschlußwille in allen Volksschichten bekundet. Wenn gerade gegenwärtig wegen dieser Willen von unseren Feinden erneut und mit vermehrter Kraft angegriffen wird, so wird uns das nicht hindern, unseren Weg weiterzugehen. Mögen die Entscheidungen, die jetzt herbeizuführen, fallen wie sie wollen, sie werden uns nicht vertreiben von der Stelle, an der wir stehen, und sie werden uns die Ziele aus den Augen verlieren, die wir im gemeinsamen Interesse zusammen zu verfolgen haben. Kulturell, in Sprache, in Wissenschaft und nicht zuletzt in der Kunst sind die Grenzspalten ausgerissen, stehen geblieben sind nur die politischen Pfähle. Diese auszureißen, ist die größte deutsche Zukunftsaufgabe.“ Der Minister schloß seine Rede mit einem dreifachen Hoch auf Deutschösterreich und unsere österreichischen Brüder, das die Anwesenden begeistert aufnahmen.

Danach sprachen noch herzliche Begrüßungsworte der Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft Carl Wallauer und der Vorsitzende des Berliner Philharmonischen Orchesters Otto Müller. Allen dankte in warmen Worten der Vorsitzende der Wiener Philharmoniker Regierungsrat Prof. Wunderer.

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Ewald Fleuron.

(Schluß.)

Schnod zerrte an dem Angelsaug, daß die Stange halb in die Tiefe rutschte; der Knabe war nahe daran, sie fahren zu lassen — als er durch einen heftigen Ruck plötzlich umgerissen wird. Es blieb ihm keine Zeit, sich vorzusehen: mit der Stange im Arme fällt er in den Weidenstrauch! Das Seil strafft sich, daß es in den Rauschen knirscht und kreischt... die Stange aber ist nicht von dem Busche abzuschütteln.

Rasmus will über den Sieg zurück an Land, als er zu seinem Entsetzen bemerkt, daß die Inselfchwimmt, der Fisch, den er an der Angel hat, hat sie von ihrem Unterpfand losgerissen — und nun zieht er sie von dannen auf das Tief des Moores. Das Wasser sprudelt um das Seil und weicht der Inselfschäumend aus, als wäre sie der Steven eines Wellenbootes; bisweilen kippt das kleine Floß gewaltig, so daß Rasmus das Wasser in die Holzschuhe strömt. Er gibt alles verloren und betet nur kein Vater unser.

Inzwischen führt Schnod ihn wie einen Däumling von dem einen Ende des Sumpflöches zum anderen. Sie überfällt und überkugelt sich, steht Kopf auf dem Grunde, um wenige Sekunden später senkrecht zur Oberfläche hochzuschließen und Schaum und Wogen aufzuspüren. Große Blasen und Wirbeln von Körnern schwarzen, häßlichen Torfstaubes stieben wie schwellende Wolken zu allen Seiten auseinander...

Ab und zu erblickt der Knabe einen gefurchten, moosbewachsenen Rücken von der Länge eines Stiers. Es sieht aus, als sei eine der Urzeitischen des Moores im Begriff, hochzutreten, um auf dem Wasser weiterzutreiben.

De tiefer der große, spitze Stabstaken in Schnods Eingeweide eindringt, ihr kaltes, rotes Blut auf falsche Wege bringend, desto kraftvoller werden ihre Bewegungen.

Das Wasser trübt den Blick; sie kann nicht mehr klar sehen, sondern läuft kopfüber auf Grundbänke und ins Rohrdickicht. Sie fühlt sich so köstlich gesättigt und jagt im Torfpfuhl umher mit einem Gefühl, als schlepp sie die allergrößte

Beute, die sie je in ihrem Leben errungen hat, mit sich. Wie voll ist doch ihr Banst geworden — endlich, endlich ist sie satt, daß ihr ist, als wolle der Hals zerpringen und das Maul aus den Fugen gehen, und mit einem Male merkt sie dieselbe wunderliche Ueberlastung wie an jenem Tage vor vielen Jahren, als sie sich in ihrer Eier an dem großen Barsch verabschiedete.

Wird und rücksichtslos zerrt sie am Tau und fährt mit ihrem kleinen Fänger herum. Aber jedesmal, wenn sie ihn von einer Schäre freimacht oder quer durch dichtes, verfilztes Pflanzenwerk schleppt, treibt sie die eiserne Spitze näher an ihr Herz heran. Schließlich jagt sie ihn im Todesstieber auf ein Ufer und setzt ihn in einem Schilfhaum auf Grund.

Sie liegt treibend dicht unter der Oberfläche — Rasmus aber, der hier und da zwischen den Wasserpflanzen ihren grünlichgelben Bauch und die schwarzgefleckte Schwanzflosse unterscheidet, schreit vor Grauen...

Der alte Märchenhecht phantasiert: ist es der große schwarze Barsch, den sie endlich glücklich verzehrt hat? Ist es der Dachs mit den Hörnern? Oder ist es eines der Jungen des „großen Schwimmvogels“?

Ja, das ist es — diesmal ist der Griff um seine Stangenbeine gelungen, sie hat es nach und nach hintergeschlungen und wohl in ihrem Banst verwahrt.

Aber es belastet sie derart, daß sie sich nicht mehr wogerecht zu halten vermag; ja, sie merkt es wohl: es fängt so unmäßig, daß ihr Schwanz nach unten gleitet und der Kopf nach oben — und nun mit einem Male schießt sie starr und langsam in die Höhe.

Der Knabe ist nahe daran, bei ihrem Anblick den Verstand zu verlieren: unwillkürlich schlägt er die Hände vor die Augen, so phantastisch grauenhaft kommt ihm das vor:

Aus dem schwarzen, ausgewählten Schlamm und dem violett, giftgrünen Pflanzengewirr, in dem der Schwefelwasserstoff im Verwesungsprozeß der Natur große, dicke Blasen entwickelt, steigt kalt und unbeweglich Schnods mächtiger, frofodilarer Kopf empor.

Die schlaffe, gefurchte Schlundhaut vibriert unter heftigem, trampfartigem Knirschen, der mehr als armalange Unterkiefer schiebt sich unter den Oberkiefer hervor und läßt die

äußersten Spigen einer Reihe langer Dolchzähne sichtbar werden, die aus den eingeschrumpften Rundwinkeln hervorragen.

Jetzt dreht das Ungeheuer sich langsam um seine mittlere Achse, das große, ausdruckslose Wasserauge, das schmutzgrau wie ungeputztes Glas in einer leeren, von Menschen verlassenen Hütte schimmert, steht steif und erloschen in dem gewaltigen Schädel.

Das Eisen hat die Schwimmblase erreicht und Schnod der Fähigkeit zum Schwimmen beraubt. Es schwindelt vor ihrem Auge — wie ein Riefenfortschwimmer, der das Anbeihen eines Großfisches markiert, taucht sie lautlos in einem fort senkrecht auf und nieder...

Ein Knecht, der mit Pflügen beschäftigt war, hörte die Schreie des Jungen; er kam herbeigelaufen und erfuhr, was sich zugetragen hatte: ein Ungeheuer von einem Tier, das Rasmus nicht an Land zu schleppen vermochte, war rund um das halbe Moor mit ihm geleeht!

Der Knecht schloß die Blanke auf und half dem Jungen an Land, dann holte er die Pferde, spannte sie vor die Schnur und zog Schnod langsam, aber sicher aufs Ufer hinauf.

Die Nacht über lag sie an einer Birke angeheilt. Das Leben war längst erloschen.

Man telephonierte nach dem Krugwirt, der Neugierigen für die Zeitung des Redakteurs sammelte, daß „Per Jennis Sohn unter den abenteuerlichsten Umständen ein Exemplar der großen Seeschlange gefangen habe; es gleiche mehr einer Padde aus der Urzeit als einem Fisch aus der Gegenwart!“

Am nächsten Tage verjammelte sich die ganze Gegend am Dreieck, und der Schullehrer führte einen herbeigerufenen Gelehrten dorthin.

„Das ist ja ein Hecht“, meinte der Professor, sowie er ihn sah... „freilich ein ungewöhnlich großes und altes Exemplar, aber doch nur ein Hecht —“ und er konnte nicht umhin, sich ein wenig verlegt zu fühlen, daß man ihn ohne jeden Zweck auf so eine weite Reise gelockt hatte.

Rasmus aber war noch viele Jahre später der Held des Dorfes. Und seit jenem denkwürdigen Tage hieß er nie mehr Rasmus Jennis, sondern Rasmus Hecht.

Deutschlands Bevölkerung. Eine Prognose für das Ergebnis der Volkszählung.

Die Ergebnisse der kürzlich zusammen mit einer Berufs- und Betriebszählung abgeschlossenen Bevölkerungsaufnahme, die nach einer Pause von 15 Jahren endlich wieder zuverlässiges statistisches Material für Deutschland erbringen soll, werden erst nach geraumer Zeit der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden können. Wenn auch mit Hilfe der elektrischen Hollerithmaschinen das Ergebnis schneller ermittelt werden kann als früher, so nimmt doch das Prüfen und Zusammenstellen des primärstatistischen Materials soviel Zeit in Anspruch, daß Monate vergehen werden, ehe das Ergebnis feststeht. Daß dieses Ergebnis für Deutschland von eminenter Wichtigkeit ist, braucht nicht betont zu werden. Stärker noch dürfte das Interesse des Auslandes sein, da bekanntlich Deutschlands Verpfichtungen aus dem Dawes-Vertrag durch den viel angezweifelt „Wohlstandindex“ von der Größe seiner Bevölkerung und deren Veränderungen in den Jahren 1927/29 in ihrer Höhe mit abhängen. Frage ist, ob uns auf Grund bisheriger Daten die Möglichkeit gegeben ist, das Ergebnis der Zählung in Umrissen vorauszusagen?

Die graphische Darstellung einer Bevölkerungszusammensetzung zeigt bei idealer Lage — die aber nie erreicht wird — eine Pyramide, deutet damit auf das allmähliche Absterben der älteren Schichten hin. In Staaten, wie Italien zum Beispiel, die eine starke Zunahme von Menschen im besten Alter haben, wird der Abschnitt der 25- bis 45jährigen soweit ausgebuchtet, daß man eine Zwiebelform erhält. Deutschlands Bevölkerung hingegen zeigt die sogenannte Glockenform, aus der man als Merkmale starke Geburtenhäufigkeit, starkes Absterben der Kinder im frühesten Alter, schnell anwachsende Dichte der Schichten im mittleren Lebensalter und allmähliches Abflinken der älteren Klassen ablesen kann. Diese Glockenform zeigt auch die Darstellung des Ergebnisses der Volkszählung von 1910. Ein Symptom, das damals schon — besser gesagt: noch! — auffiel, war der Einschnitt, der durch die Verluste des Krieges von 1870/71 herbeigeführt worden war, dessen Wirkungen also nach 40 Jahren noch erkennbar waren. Wenn man bedenkt, daß im Weltkrieg in einer Großschlacht sovjet Menschen eingesetzt wurden, wie 1870 die gesamte Heeresstärke betrug, so kann man ermessen, welche tief einschneidenden Wirkungen der Weltkrieg auf die Bevölkerungszusammensetzung Deutschlands ebenso wie der Feindstaaten ausgeübt haben mag. Welche Form der „Bevölkerungspyramide“ werden wir nun diesmal zu erwarten haben?

Gemeßen an der Norm der Heirat von 1913 ist vom statistischen Landesamt für Sachsen zum Beispiel für die vier Kriegsjahre ein effektiver Ausfall von etwa 60 000 Ehen errechnet worden, von denen etwas über 20 000 nachgeholt worden sind. Für Deutschland ergäbe sich demnach eine tatsächliche, nicht wieder einholbare Einbuße von 520 000 Ehen, von denen man annehmen kann, daß sie bei normalem Zeitverlauf geschlossen worden wären. Welche enormen Folgen dieser Ausfall auf die Geburtenziffern hat, ist leicht zu ersehen. Bei der vorläufigen Annahme, daß diesen Ehen während der vergangenen 10 bzw. 7 Jahre nach der Eheschließung durchschnittlich je zwei Kinder entwichen wären, hätten wir mit einem nicht zu hoch eingeschätzten Verlust von über 1 Million Geburten zu rechnen. Diese Schätzung findet ihren Anhalt übrigens in einem Vergleich des Eintritts von schulpflichtigen Kindern in die Volksschulen. 1913 traten 80 000 bis 100 000 Schulkinder neu in die Volksschulen ein, die Stärke der Kriegsjahre dagegen wird auf 40 000 eingeschätzt. Es zeigt sich also die enorme Verminderung um 40 bis 50 Proz. — Für unsere Hochschulen muß sich der Geburtenausfall in den Jahren 1933—1937 ebenfalls deutlich fühlbar machen. — Seht man ferner den Verlust von etwa 2 Millionen Menschen im besten Alter durch Krieg und Kriegsfolgen in Rechnung, so müßte die Bevölkerungspyramide Deutschlands drei ganz typische Merkmale innerhalb der Glockenform tragen. Sie wird einen breiten Sockel zeigen — die Geburtenhäufung nach Kriegsende —, dann als erstes Merkmal eine starke Einbuchtung — der Geburtenausfall während des Krieges —, als zweites Merkmal wieder eine Ausbuchtung der Klasse im jetzt 10. Lebensalter als Folge der Geburtenzunahme 1915 infolge der zahlreichen Kriegsehen, wird dann normalen Verlauf nehmen und schließlich für die Jahrgänge von jetzt 25- bis 55jährigen den markantesten Einschnitt — die Kriegsopfer — aufweisen. Da die Bevölkerungspyramide so dargestellt wird, daß links einer Seite die männliche, rechts die weibliche Bevölkerung abgetragen wird, müßten also die beiden erstgenannten Merkmale auf beiden Seiten ziemlich gleichmäßig zu erkennen sein, der dritte Einschnitt hingegen nur auf der männlichen Seite sich auswirken.

Als weiteres wichtiges Ergebnis dürfte mit Spannung erwartet werden, wie sich infolge der enormen Kriegsverluste an männlicher

Bevölkerung das Verhältnis der männlichen zur weiblichen verhalten hat. Das als typisch festgestellte Ueberwiegen der Knabengeburt über die Mädchengeburt im Verhältnis 106:100 wird bekanntlich durch die häufigere Knabensterblichkeit im frühesten Lebensalter bis zum dritten Jahre ziemlich abgehorbt. Die erste Parität zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung wird im 25. Lebensjahre, der Wendepunkt im 40. Lebensjahre erreicht. Schon im 50. Lebensjahre kommen auf 100 Frauen nur 93, im 70. Lebensjahre auf 100 Frauen nur noch 77 Männer. Dieser Wendepunkt muß sich bedeutend weiter in jüngere Jahre verschieben; mit Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß nicht später als bereits im 35. Lebensjahre das Gleichgewicht der Geschlechter liegen wird. Ebenso wird durch frühere Sterblichkeit der Kriegsteilnehmer, die

in ganz Amerika stehen hinter dem Angeklagten. Mr. Bryan dagegen ist so begeistert von der Gelegenheit, die sich hier bietet, den Naturwissenschaftlern „diesen ehrlosen Schurken“, wie er sie nennt, „die den amerikanischen Kindern ihre Religion rauben und sie zu Atheisten machen“, eins auszuwischen, daß er sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat. Er rechnet damit, daß den eifertigsten Mitgliedern der „Amerikanischen Vereinigung zur Förderung der Wissenschaft“ 109 Millionen Amerikaner gegenüberstehen, die anderer Ansicht sind.

Der Fall hat heute bereits nationale Bedeutung erlangt, und seine Entscheidung wird als „Test“ für die „Fundamentalisten“ angesehen, wie sich die Bekämpfer für die mittelalterliche Verdunkelung in den Vereinigten Staaten nennen. Tennessee steht mit diesem „Anti-Affen-Gesetz“ nicht vereinzelt da. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Kalifornien in Kürze ähnliche Strafbestimmungen treffen wird; in Oklahoma ist es seit zwei Jahren unmöglich, in staatlichen Schulen die Evolutionstheorie zu lehren. In Texas hat die Leitung der Staatsuniversität angeordnet, daß „kein Ungläubiger, Atheist oder Agnostiker, keine Person, die nicht an Gott als das höchste Wesen und den Beherrscher des Weltalls glaubt, in irgendeiner Eigenschaft an der Universität beschäftigt werden solle“. In Kentucky und Texas haben die Parlamente gleichfalls Anti-Evolutionsgesetze beschlossen, die allerdings vom Oberhaus nicht bestätigt wurden — in Kentucky gab eine Stimme den Ausschlag. In einer Reihe von anderen amerikanischen Staaten sind ähnliche Gesetze eingebracht.

Im ganzen Süden und Südwesten ist die Stimmung sehr für die Fundamentalisten und Anti-Evolutionisten,“ so schreibt die Zeitschrift „Nation“. „Das Parlament von Georgia hat einer staatlichen Bibliothek kürzlich die Unterführung verjagt aus dem erklärten Grunde, daß sie Bücher über die Evolutionstheorie enthielte, und ein Biologieprofessor an der dortigen Mercer-Universität wurde im vergangenen Oktober wegen seiner Anschauungen abgesetzt. Diese Verfolgung von Professoren wegen darwinistischer Anschauungen datiert in Amerika von den achtziger Jahren; damals wurde der Geologe Alexander Winchell seines Amtes an der Vanderbilt-Universität entsetzt, weil er sich den modernen geologischen Lehren über die Entwicklung der Erde angeschlossen hatte. Hand in Hand mit diesem Versuch, die Evolutionstheorie zu unterdrücken, geht die Bewegung, die sich dafür einsetzt, daß die Schöpfungsgeschichte nach der Bibel gelehrt wird; das geschieht meistens in der verhässlichen Form der Bibellectüre in den Schulen.“

Die kleine Stadt Dayton, wo die Verhandlung gegen jenen rasch berühmt gewordenen Lehrer stattfinden wird, nimmt heute schon in jeder Zeitung breiten Raum ein. Man erwartet über zweitausend Besucher von auswärts und stellt Pläne auf, um sie in Eisenbahnwagen unterzubringen; denn ihre Zahl ist größer als die Einwohnerzahl der Stadt. Auf dem Kalen vor dem kleinen Gerichtsgebäude werden Sitze aufgeschlagen und Lautsprecher aufgestellt, so daß man von dort der Verhandlung folgen kann. Und während in Zimmerleuten, Komitees, Juristen und Gerichtsbeamten den großen Tag vorbereiten, werden überall kleine Affen verkauft als Andenken an „Monkeyville“, wie Dayton von einem spottschächtigen Publikum getauft worden ist.

Migräne. Die Migräne ist eines jener Leiden, die den Betroffenen aufs heftigste peinigen, ihn für einen halben oder ganzen Tag vollständig untauglich für jede Tätigkeit machen, ohne daß die Krankheit aber jemals zum Tode führt. Sie tritt in Form von Anfällen auf und ist durch schwere, meist halbseitige Kopfschmerzen gekennzeichnet. Den Kopfschmerzen gehen oft Augenstörungen voraus; im Gesichtsfeld tritt ein bewegter dunkler Fleck auf, dessen Ränder nicht selten leuchtend und gezackt erscheinen. Die rasenden Schmerzen können sich bis zur Unerträglichkeit steigern und machen den Kranken völlig arbeitsunfähig. In vielen Fällen setzt während des Anfalls heftiges Erbrechen ein. Ist der Anfall vorüber, so erfreut sich der Kranke sofort vollständigen Wohlbefindens. Die Entstehung der Migräne ist noch sehr unklar. Nur eines steht wohl unzweifelhaft fest, daß die Migräne erblich ist, und zwar gewöhnlich von einem der Eltern auf die direkten Nachkommen. Im übrigen nimmt man auch Zusammenhänge mit der Sicht und mit der Epilepsie (der Fallsucht) an. Was sich im einzelnen bei der Migräne im Gehirn abspielt, ist noch unklar. Man vermutet auch Beziehungen zwischen den Sexualorganen und der Migräne, da die Anfälle während der Schwangerschaft wie in den Wechseljahren vielfach ausbleiben. Ein sicher wirkendes Mittel gegen Migräne besitzen wir nicht. Es werden Aspirin, Pyramidon und sonstige schmerzstillende Mittel, Chinin und Arsen, klimatische und diätetische Kuren empfohlen. Im Anfall selbst muß vor allen Dingen für Ruhe gesorgt werden; Lagerung des Kranken im Dunkeln und Vermeidung aller überflüssigen Geräusche. Im höheren Alter pflegen die Anfälle allmählich an Heftigkeit abzunehmen, ja zu verschwinden.

Terzett.



Es kommt aus jeder Trompete
Ein anderer klagender Ton,
Und dennoch hallt es gemeinsam:
Reaktion, Reaktion, Reaktion!

meist gesundheitlich irgendwie geschädigt sein dürften, der Abstand im Ueberwiegen der weiblichen Bevölkerung über die männliche nach dem Wendepunkt in höherem Alter bedeutend größere Differenzen zeigen.

Wie schon anfangs gesagt, liegt das Schwergewicht des Ergebnisses aber in der Feststellung der Bevölkerung Deutschlands überhaupt. Die Zusammensetzung, also die Frage, wieviel produktive Kräfte Deutschland zur Verfügung haben wird, um die Reparationspflichten zu erfüllen, ist von eminenter Bedeutung. Es muß vom statistischen Standpunkt aus als Ding der Unmöglichkeit bezeichnet werden, das Ergebnis zahlenmäßig vorauszusagen, zumal wir große und dichtbesiedelte Gebiete abtreten müßten. Eine genaue Korrelation ist also unmöglich. Möglich ist lediglich, auf ganz bestimmte Symptome der Bevölkerungspyramide schon jetzt hinzuweisen.

Das Freiheitsland Amerika.

Im amerikanischen Staat Tennessee gibt es ein Gesetz, demzufolge ein Lehrer an einer staatlichen oder mit staatlichen Mitteln unterstützten Schule, der irgendeine Theorie lehrt, „welche die Geschichte von der Erschaffung des Menschen wie die Bibel sie berichtet“, ablehnt und der insbesondere lehrt, daß der Mensch von einem niedrigeren Tier abstamme“, sich einer strafbaren Handlung schuldig macht. Dieses Vergehen ist jetzt einer der Naturwissenschaftslehrer einer staatlichen Schule angeklagt, der an Hand eines früher staatlich zugelassenen Lehrbuches seine Schüler mit der Darwinischen Theorie bekannt gemacht hat. Dieses Verbot war im Jahre 1919 an allen staatlichen Schulen eingeführt, bis William Jennings Bryan, Verteidiger des Glaubens und zeitweiliger demokratischer Präsidentschaftskandidat, den Feldzug gegen den Darwinismus eröffnete.

Die Verhandlung soll im Juli stattfinden; wird der Lehrer für schuldig befunden, so wird es zum Appell an die höheren Gerichte kommen. Schulmänner und Vätern in Tennessee und darüber hinaus

Der Kakadu.

Von Bruno Hrel.

Meine Wirtin hat einen Kakadu. Ich beobachte ihn schon seit längerer Zeit und muß gestehen, daß er es verstanden hat, mir Respekt abzubringen. Es besteht für mich kein Zweifel, daß dieses Tier ein kräftiges Selbstgefühl hat. Die Schmach der Gefangenschaft hat seinen Stolz nicht gedrohen. Mit unbemerktem Starrsinn rüttelt der Kakadu an den Gittern seines Käfigs; von keiner Erfahrung befehrt, sucht er vergeblich die Drahtstangen zu zerbeißen. So oft ich ihn sehe — der Käfig steht am Fenster einer Hinterstube —, ist er damit beschäftigt, finsternen Blicks Anlauf gegen das Gitter zu nehmen. Er geht so weit wie möglich an der quer gestellten Leiterstange zurück, wiegt in immer kräftiger werdendem Schwung den ganzen Körper, straft die Muskeln, um dann mit um so größerer Kraft eine schon vorher ins Auge gefaßte Stelle des Gitters mit dem Schnabel zu packen. Mit verbissener Wut zerrt er an dem unerschütterlichen Metall. Kein Mißerfolg hindert das Tier, die Veruche vergeblicher Aufnehmung zu wiederholen. Der grüngelbe Federbusch sträubt sich, wild rollen die Augen und ein durchdringender Schrei, der aus indischen Tropennächten zu kommen scheint, erschallt uns. Wir fühlen die Angst der Kreatur und ihren drückenden Willen zum Leben. Immer von neuem wiederholt sich das grausame Spiel: das Recken und Spannen der Brust zur höchsten Leistung und das ohnmächtige Verlangen am süßlos harten Metall.

Verwundert dachte ich noch über das Treiben dieses Tieres. Warum gewöhnt es sich nicht an die neuen Bedingungen seines Daseins? Warum findet es sich nicht ab mit dem Unabänderlichen? Irigendwo in der Tiefe dieses Bewußtseins schlummert die Erinnerung an hohe schlanke Palmen und an Sonnenschein, an Gefährten und Gefahren, an Kampf und Lust. Die Freiheit ist mehr als Speise und Trank, unersehlich und unvergänglich. Das Tier rüttelt an den Gittern seines Käfigs, weil es unwürdig ist, weil es die Kräfte nicht kennt, die die Vernunft verleiht, und die dem hochgespannten Lebenswillen herabzubrühen befähigt, bis er dem Tiefstand neuer Daseinsbedingungen angepaßt ist. Der Kakadu ist ein Tier und lebt seinen Instinkten. Freiheit ist für den tierischen Instinkt Lebenssubstanz, Lebensinhalt, Lebensfundament. Was nützt die geschälte Banane, die gezuckerte Orange, die getoichte Kartoffel und das

knusprige Korn — wenn die Luft nicht getränkt ist von den süßen Dämpfen des Bades, und der Raum sich nicht dehnt in unendlicher Tiefe, der Raum, in dem man sich badet mit weit ausholenden Schwingen, das Element, in dem zwecklos sich bewegen — erst leben heißt. Atmen, Essen, Verdauen, Schlafen — heißt das Leben? Die tierische Unvernunft sagt nein. Sie kann sich nicht beschreiben, sie kann nicht einen Ersatz annehmen für den naturgegebenen Lebensdrang, sie kann sich nicht abfinden mit einem Mindestmaß, wenn die Triebe volle Erfüllung verlangen, sie wehrt sich in ohnmächtiger Wut, wenn fäulnisreiche, lebensfeindliche Hindernisse den Ausblick verkommen, sie zerrt an den Gittern, sie schäumt in der Raserei der Verzweiflung — bis die Ermattung eintritt und die Kräfte versiegen.

Polly, der Kakadu, wurde krank. Das Zerbeißen der Gitterstangen nützte nichts, die Freiheit war für ihn verloren. Er senkte tief den Kopf und hauchte selbstmörderisch mit dem Schnabel in die weiche Brust. Er verweigerte die Aufnahme von Speise und Trank. Sterben schien ihm leichter, denn als Leide leben. Noch einmal nahm man ihn aus dem Käfig. Matt und hilflos hüpfte er auf die Stuhllehne. Armer Vogel! Die grünseidene Tapete ist kein Dschungel! Unerreichbar fern ist der Urwald. Deine Flügel sind beschuldet worden von dem Vogelhändler, der dich vor Jahresfrist in Rakutta verkauft hat. Der deutsche Ingenieur in der Fremde wußte seiner Schwester in Berlin eine Freude machen, und so kamst du als indischer Gruß in diese Welt der Käfige und Gitter. Sie haben dir das Leben genommen, als sie dir die Freiheit nahmen. Du mußt sterben, wenn du dich nicht fügen kannst.

Der Kakadu fügte sich nicht. Er blickte vornehm bis zu seinem Ende. Würdevoll drehte er sich um, das Antlitz zum Licht, und uns den Rücken kehrend. Seine Krallen umfingen mit einer kräftigen Zärtlichkeit das Stückchen Nahrung, das wir ihm brachten. Dann wendete er sich ab und sah mit den Augen in die Sonne blinzeln, wie es sich für einen vornehm erzogenen Kakadu gehört. Den Kampf gegen das Gitter gab er nicht auf. Er starb gestern an der Krankheit, die tödlich ist für alle Wesen, die die Vernunft nicht gebrauchen können. Er starb an dem Starrsinn, mit dem er an seinem wichtigsten Lebensgut festhielt. Entweder als Kakadu leben oder sterben. Außerhalb des kakaduischen Daseins gibt es kein Leben. Er starb als Held, als Patriot, ein Vorbild der Treue, der Ausdauer und Freiheitsliebe seines Geschlechtes.

Wir sind gewohnt, die Superiorität der Vernunft und die Minderwertigkeit der Unvernunft als Kategorien unseres Urteils zu ge-

brauchen. Das Tier hat nur einen Instinkt und keine Vernunft wie der Mensch. Das Tier kann aus einer geänderten Situation keine Schlüsse ziehen, kann sich nicht anpassen wie der Mensch mit seiner für göttlich gehaltenen Vernunft, dieser neuen biologischen Waffe des zum Menschen gewordenen Tieres im Kampfe ums Dasein. Er vermag mit ihr selbst aus den schwierigsten Verhältnissen, die seinen natürlichen Trieben und deren Befriedigung unüberwindlich scheinende Hindernisse bereiten, noch Auswege zu schaffen und Anpassungsmöglichkeiten zu finden. Er kann durch den Gebrauch der Vernunft seine Bedürfnisse aufs äußerste einschränken. Er vermag den unnatürlichsten Daseinsbedingungen, den triebfeindlichsten Lebensstellungen noch neue Chancen abzulisten. Er triumphiert am Ende auf dem Gipfel der menschlichen Zivilisation über die vernunftunterjochte Natur.

Aber der tote Kakadu stört mich in meiner Begeisterung für die Segnungen der Vernunft. Er löst alle Zweifel aus, die kein englisches Wasserlosetz und keine Reklamemasse auslöschen können. Wie, wenn wir dennoch die Gefoppten wären? Wir rütteln an keinen Käfigen und lehnen uns nicht auf gegen die Beraubung unserer naturgegebenen Rechte. Wir passen uns dank unserer herrlichen Vernunft allem an, auch an den engsten Käfig, an die ärmlichste Dachstube, an das trockenste Stück Brot, an die längste Arbeitszeit, an die Grauel des Krieges, an Zuchthaus und an Schützengraben, an alle raffinierten Arten von Gittern und Käfigen, mit denen die Systeme der Macht von Menschen über Menschen ausgestattet sind, um uns in dem Genuß unserer Freiheit, in der Erfüllung unserer Lebenstriebe zu hemmen und zu hindern. Wir können uns allem anpassen und scheinen noch stolz darauf zu sein. Unser Anpassungsvermögen ist unser Unglück. Von Cassale stammt die grausame Formel des ehernen Lehngesetzes, das die Wirtschaft beherrscht: die Notwendigkeiten sind nach der untersten Grenze der jeweiligen Lebensnotwendigkeiten. Wären wir unbedeutender, wären wir unvernünftiger, aber instinktiver gegen die Bedrohungen unserer Gesundheit und unseres Glücks, kämpften wir an gegen jene, die uns ewig zur Anpassung mahnen — wir würden das Schicksal zwingen, wir würden die Käfige unserer Sklaverei brechen und nicht sterben wie der arme Kakadu. Denn unsere Flügel sind nicht beschneiden, unsere Krallen scharf und unser Wissen von der Schwäche der Gitter klar. Nur unser tierisch gefundener Wut ist durch die menschliche Vernunft angekränkt. Der Kakadu könnte einen Politiker lehren!

Oberschlesien-Debatte im Reichstag.

Wohnungs- und Flüchtlingselend. — Interpellationen der Sozialdemokraten und des Zentrums.

Im Reichstag teilte gestern Präsident Lohde unter lebhaftem Beifall des Hauses mit, daß er im Namen des Reichstages und des deutschen Volkes dem kühnen Nordpolfahrer und Naturforscher Amundsen herzlichste Glückwünsche zu seiner gefunden Rückkehr telegraphisch ausgesprochen habe.

Dann spricht sich in der fortgesetzten Etatberatung des Inneren Abg. Drewitz-Berlin (W.P.) für die Bewilligung der Etatpositionen für die Polizei aus. Die Polizei müsse aber entpolitisiert werden.

Abg. Kremer (D.D.) fordert eine größere Konzentrierung der Polizei und billigt die Tätigkeit des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung. Die Deutsche Volkspartei werde die Etatabstimmung an der Teno und den parlamentarischen Beirat ablehnen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Zweigert: Ich halte es für einen der schönsten Erfolge eines Führers der Teno, wenn es ihm gelingt, auf die streikenden Arbeiter so einzuwirken, daß sie die Notstandsarbeiten selbst vornehmen. In den Arbeitsgrundlagen der Teno kommt zum Ausdruck, daß bei Streiks eine Fühlung mit Gewerkschaftsvertretern ausgenommen werden soll, um zu diesem Ziel zu gelangen. Jedem etwaigen Mißbrauch der Teno soll rechtzeitig vorgegriffen werden. Wegen etwaiger mißbräuchlicher Haltung der Teno soll dem Reichsinnenministerium Mitteilung gemacht werden. Die Technische Nothilfe wird nur auf behördlichen Anruf und behördliche Anerkennung eines Notstandes eingesetzt. Die Nothilfe wird so lange notwendig sein, als noch die Möglichkeit einer Störung des Volks- und Wirtschaftslebens gegeben ist. Im Moment ist, trotz der zu begrübenden Verantwortungsbereitschaft der Gewerkschaften, der Moment für die Auflösung der Teno noch nicht gekommen.

Abg. Dr. Fric (D.D.) erklärt,

daß die Vorklären den Anträgen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zustimmen würden,

weil auch sie darunter zu leiden hätten.

Abg. Kube (D.D.), mit spöttischen Heulrufen der Linken begrüßt, tritt für eine bessere Befolgung der unteren Beamtengruppen der Schupo und für eine Annahme der Regierungsvorlage in bezug auf die Technische Nothilfe ein.

Staatssekretär Zweigert weist gegenüber sozialdemokratischen Normwünschen darauf hin, daß der Reichskommissar Ruenger nicht die Ermächtigung habe, Reichswehrtruppen in irgendein Land zu schicken. Damit schließt die Debatte.

Die Anträge gegen den bayerischen Ausnahmezustand werden dem Rechtsausschuß überwiesen; die Abstimmung über die Anträge zum Kapitel „Technische Nothilfe“ wurden wegen der überaus schwachen Belegung des Hauses zurückgestellt.

Eine Oberschlesien-Debatte.

Das Haus wendet sich dann der Beratung des Etatskapitels des Inneren „Gesundheitswesen“ zu, die mit einer Interpellation des Zentrums verbunden wird, die sich für die ober-schlesischen Flüchtlinge und Verdrängten einsetzt und die dafür bis jetzt getroffenen gesetzlichen Regelungen als unzulänglich bezeichnet.

Abg. Ullrich (Z.) begründet die Interpellation und hebt hervor, daß Wohnungslosigkeit und Erwerbslosigkeit unter den bei der Abwanderung treu zu Deutschland gebliebenen Oberschlesiern erschreckend überhand nehmen. Das Elend sei besonders in den Grenzstädten, z. B. in Beuthen, groß. Die Arbeitslosigkeit sei in keinem anderen Teile Deutschlands so groß wie in Oberschlesien. Es sei vor allem notwendig, für Wohnungen zu sorgen. An Stelle der Notwohnungen müßten endlich Dauerhäuser gebaut werden. Besonders leidet die Arbeiter, unter Zustimmung seiner Parteifreunde, für die Lehrer ein, die in erster Linie für das Deutschtum in Oberschlesien geworben hätten. Neben der materiellen Not bestünde auch die kulturelle, die Land und Reich befechtigen müßten. An der ganzen Not sei die Entente schuld, die die unsinnige Trennung in Oberschlesien herbeigeführt habe. Es sei daher eine Frage, ob die für die Befreiung der Ost-Oberschlesiens vom Reich aufgewendeten Mittel nicht von den Reparationen abgezogen werden könnten. Jedenfalls erlöse die Pflicht des Deutschen Reiches, Oberschlesien zu helfen, nie. (Beifall.) Die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien müsse zur Wiedervereinigung des ganzen Landes mit Deutschland führen; durch eine wesentliche Hilfe für die deutschen Oberschlesier könne der Weg zur Wiedervereinigung am besten geebnet werden. (Lebhafte Beifall.)

Eine sozialdemokratische Interpellation in gleicher Angelegenheit begründet

Abg. Stellung (Soz.):

Mein Vordredner hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß man Zweifel haben dürfe, ob nicht der Osten Deutschlands gegenüber dem Westen ins Hintertreffen geraten sei. Die Ausführungen des Abgeordneten Ullrich haben zweifellos dazu beigetragen, diese Meinung noch zu verstärken. Wenn man sich die Verhältnisse in Oberschlesien ansieht, so muß man zugeben, daß die Zustände un-haltbar sind und daß möglichst bald Abhilfe geschaffen werden muß. (Sehr richtig bei den Soz.) Ich unterstreiche noch einmal, es muß unbedingt in der allerersten Zeit alles getan werden, um zunächst den Flüchtlingen, die wegen ihres Deutschtums aus Polnisch-Oberschlesien ins Grenzgebiet gekommen sind, zu helfen. Es müssen mindestens 8000 bis 9000 Wohnungen in verhältnismäßig kurzer Zeit neu entstehen. War gerade in Oberschlesien die Wohn-dichte schon früher besonders groß, zählte man doch in Gleiwitz bei 70 000 Einwohnern im letzten Vierteljahr 1917 nur 63 leerstehende Wohnungen, so hat sich diese Wohnungsnot seit Kriegsende durch den Zuzug von Flüchtlingen noch verstärkt. Nach einer amtlichen Aufstellung betrug der Zuzug von Flüchtlingen Ende 1924 9000 bis 10 000, es ist ein Bedarf von über 30 000 Wohnungen vorhanden. Es herrschen in Oberschlesien geradezu ungeheuerliche Zustände im Wohnungswesen.

In Zabrze bewohnen 80 Proz. der Bevölkerung nur eine Stube mit Kammer von je 30 bis 40 Quadratmeter Wohnfläche.

341 Familien mit 5 bis 10 Köpfen und 109 Familien mit über 10 Köpfen haben Wohnungen von einer Stube und Küche. In Beuthen wohnen über 200 Familien auf dem Hof oder im Keller. In einem Falle in Gleiwitz bewohnt eine Familie schon seit zwei Jahren ein Kellerloch, das zugleich den Zugangsräum zur Kanalisation und zum Klosett bildet.

Die Polizei hat diesen Raum als unbewohnbar erklärt. Ein Kind ist in dieser Familie schon gestorben, ein zweites Kind, das vor kurzem geboren wurde, wird vermutlich denselben Weg gehen müssen. In einem zweiten Falle bewohnen drei Familien eine Stube und Küche. In der Infanterietasche in Gleiwitz bewohnen acht Personen Stube und Küche, eine erwachsene Tochter ist stark tuberkulos, es besteht die Gefahr, daß die ganze Familie angesteckt wird. Ich habe schon manche schlimme Wohnungs Zustände gesehen, aber das Herz hat sich mir zusammengekrampft, als ich die Wohnungsverhältnisse in Oberschlesien zu Gesicht bekam. In Cechanowitz bei Oppeln, bewohnt eine Familie mit 7 Kindern zwei Zellen des dortigen Amtsgerichts. In demselben Ort sind 17 Personen in zwei Zimmern untergebracht. In Tschirtau bewohnt eine Familie mit 7 Köpfen eine Arrestzelle ohne Diele, eine fünfköpfige Familie ist in einer sonnenlosen Notwohnung untergebracht worden, der Vater leidet an Tuberkulose. Die Baracken, in denen die Flüchtlinge zum Teil untergebracht sind, sind allem Unwetter ausgesetzt. Besonders groß ist die Inanspruchnahme der Schulgebäude. Das bedeutet, daß die Kinder nicht den notwendigen Unterricht bekommen, das bedeutet eine Zurückbildung der Kultur, das bedeutet eine Schädigung der Kinder, die sowieso durch Krieg und Nachkriegszeit, durch Unterernährung geschwächt sind. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die gesundheitlichen Folgen dieser Zustände sind so, daß geradezu eine Katastrophe befürchtet werden muß. Die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen hat einen ungeheuren Umfang angenommen.

In Gleiwitz war vor dem Kriege in 9 bis 10 Proz. die Tuberkulose als Todesursache festgestellt, jetzt ist dieser Prozentsatz auf 16 gestiegen. Die Ansteckungsgefahr ist besonders groß, weil die Wohnungen weder Luft noch Licht haben und vielfach nicht einmal Sonnenschein zu ihnen dringen. Geschlechtskrankheiten, Friedtippus, spinale Kinderlähmung, Säuglingssterblichkeit, alle diese Erscheinungen bedrohen die Flüchtlinge. Besonders schlimm steht es aber um die Obdachlosen. Ihre Zahl wächst von Tag zu Tag. Die Berichte geben den Raumangaben statt, die Urteile werden vollstreckt ohne Rücksicht darauf, ob eine andere Unterkunft vorhanden ist. Eine Zelle im Gleiwitzer Polizeigefängnis wird ständig zur Unterbringung obdachloser Familien gebraucht. In Gleiwitz sind täglich 125, in Hindenburg bis 100 Obdachlose. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen, um der deutschen Kultur, um der Gesundheit dieser Familien, um der heranwachsenden Geschlechter willen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Gegenüber diesen Tatsachen, die nicht anders als ein Dokument der Schande bezeichnet werden müssen, ist die Frage berechtigt, ob alles Notwendige dagegen getan worden ist. Die Hauptfrage ist nicht, wen die Hauptschuld an der Unterlassung trifft, sondern wir müssen mit den Tatsachen rechnen und haben die Pflicht, der Not abzuwehren. Man kann nicht sagen, daß alles bisher getan worden ist. In Gleiwitz sind noch 346 ausgewiesene Eisenbahner ohne jede eigene Wohnung, 484 Eisenbahnerfamilien hausen in unzulänglichen Räumen. Man sagt, daß die Länder die Pflicht hätten, zu helfen. Preußen kann das nicht, es hat große Aufgaben in der Wohnungsfrage zu lösen. Es hat aber doch manches darin getan. Es ist aber nicht Sache Preußens, sondern des Reichs, hier zu helfen. Es handelt sich um die Befreiung einer Kulturlandschaft, für die das Reich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen muß.

Eine Regierung, die über 700 Millionen den Ruhrindustriellen gibt, die bei den Steuervorlagen ihre Bereitwilligkeit zeigt, den Besitz zu schonen, hat die Pflicht, die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Nicht nur aus innerpolitischen, auch aus nationalen Gründen haben wir zu helfen. Denjenigen, die um ihres Deutschtums willen verdrängt worden sind, muß man die Liebe zur Heimat wieder geben. Ich stelle diese Forderung nicht nur als Politiker, sondern als Mensch auf. Ich richte die dringende Bitte an Regierung und Reichstag, diesen unhaltbaren, jeder Kultur hochsprühenden Zuständen ein Ende zu bereiten, bevor noch eine Verschlimmerung durch den mit Polen ausgebrochenen Völkerring eintritt. Ich erwarte, daß der im Namen der Menschlichkeit an die gerichtete Appell nicht ungehört verhallen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In seiner Beantwortung der Interpellation weist Staatssekretär Zweigert darauf hin, daß die Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge den Ländern übertragen sei. Trotzdem habe die Reichsregierung den Willen, weiter, wie sie es bisher schon getan habe, dazu beizutragen, daß die beklagenswerten Zustände in Oberschlesien bald beseitigt würden. Es seien Maßnahmen dahin getroffen, daß die Wohnungsnot in Oberschlesien in absehbarer Zeit beseitigt sein werde.

Abg. v. Eindeiner-Wildau (Dnat.) hebt hervor, daß man Oberschlesien im tiefsten und letzten solange nicht endgültig helfen können werde, solange die unnatürliche Grenzregulierung nicht beseitigt sei.

Abg. Schmidt-Hirschberg (D. Vp.) weist auf die Not der ober-schlesischen Wirtschaft hin und schließt sich im übrigen seinem Vordredner an.

Abg. Jadasch (Komm.) wirft dem Wohlfahrtsministerium vor, daß es nicht wisse, daß Hindenburg, eine Gemeinde von mehr als 100 000 Einwohnern, Deutschland verließen und Königshütte zu Polen gekommen ist.

Abg. Lemmer (Dem.) meint, die Ost-Oberschlesiens sei vor allem ein wirtschaftliches Problem. Die mit Polen schwebenden Handelsvertragsverhandlungen sollten der Reichsregierung Gelegenheit geben, nicht nur privatwirtschaftliche Interessen, sondern auch national-politische zur Geltung zu bringen, was ihr leicht fallen werde, da Polen auf das Zustandekommen des Handelsvertrages angewiesen sei. Die Reichsregierung müßte fordern, daß

den Deutschen Oberschlesiens in Ostoberschlesien Arbeitsmöglichkeiten garantiert werden und endlich die Liquidation des deutschen Eigentums in Ostoberschlesien aufhöre. Aber auch die Siedlungspolitik in Westoberschlesien lasse zu wünschen übrig, ja.

In ganz Westoberschlesien, dessen Grund und Boden fast zu 100 Proz. den Handel-Donnermarks gehöre, sei überhaupt kaum gesiedelt worden.

Die gegenwärtige Reichsregierung habe gegenüber der Pflicht an Oberschlesien, trotz ihrer vielen nationalen Worte und Redensarten, vollkommen versagt. (Beifall links.)

Abg. Kube (D.D.) betont, daß der Völkerring an Oberschlesien seine größte Dummheit getan habe.

Frau Anforge (Soz.):

Ich komme aus dem schon sprichwörtlich gewordenen Hungergebiet Waldenburg. Unser ungeheures Wohnungs-elend, das nicht weniger schlimm ist als in Oberschlesien, verdanken auch wir zu einem großen Teil dem Flüchtlingselend in Oberschlesien. Die dortigen Arbeitslosen haben sich in Scharen nach dem Waldenburger Kohlengebiet gewandt, um hier Arbeit zu finden. Im Waldenburger Gebiet haben wir zwar viel an Wohnungen gesiedelt, aber trotzdem hat das Wohnungs- und Hungerelend bei uns noch zugenommen. Wo wir zehn Wohnungen geschaffen haben, mußten wir 12 Flüchtlinge unterbringen. So verdanken auch wir einen großen Teil der Arbeitslosigkeit und des Wohnungs-elends den un-erträglichen ober-schlesischen Verhältnissen. Im Namen unseres Waldenburger Kohlengebietes richte ich daher die Bitte an die Reichsregierung, alles was möglich ist, für Oberschlesien zu tun, um damit auch bei uns das Elend zu mildern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die Befprechung der Interpellationen beendet und das Haus vertagt sich um 6¼ Uhr auf Sonntag nachmittag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Inneren und kleinere Vorlagen, darunter der Gesetzentwurf über Depot- und Depostengeschäfte.

Verbandstag der Friseurgehilfen.

3. Verhandlungstag.

Der Vertreter des Bundesverbandes des KDBB, Genosse Paul Umbreit, forderte in seinem großzügig angelegten Referat den Wiederaufbau der Sozialpolitik.

Der Verbandsvorsitzende Lorenz berichtete darauf über die Verhandlungen des 3. Internationalen Friseurgehilfenkongresses im vorigen Jahre in Wien. In der Aussprache über den Bericht wurde bedauert, daß verschiedene, der Internationalen Friseurgehilfen-Union angeschlossene Verbände, sich nicht an die Erfüllung ihrer Beitragspflichten gemöhnen können.

Ueber „Die Genossenschaftsfrage im Friseur-gewerbe“ referierte der 2. Verbandsvorsitzende Friedrich Eytorn, die ganze bisherige Entwicklung der Dinge in theoretischer und praktischer Beziehung schildern. Er zog den Schluß, daß der Verband sich nicht, wie es in einem Antrage gefordert wird, an der Errichtung von Genossenschaftsbetrieben beteiligen kann. Die am Mittwoch hierüber geführte Debatte führte zur einstimmigen Annahme einer Entschließung, die die Beteiligung des Verbandes an genossenschaftlichen Unternehmungen im Friseurgewerbe aus organisatorischen Gründen ablehnt, jedoch die Propagierung des Gedankens der genossenschaftlichen Betriebsweise empfiehlt.

Ueber den Leipziger Gewerkschaftskongreß, wie über den bevorstehenden Breslauer Gewerkschaftskongreß berichtete der Verbandsvorsitzende Lorenz, der sich insbesondere mit der Frage der Organisationsform befaßte. Für den Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes sei die Frage des Aufstufens an eine Industrieorganisation noch nicht aktuell.

In der Diskussion wies Eytorn darauf hin, daß im Laufe der nächsten Jahre auch an den Friseurgehilfen-Verband, als eine der letzten kleinen Berufsorganisationen, die Notwendigkeit der Zusammenlegung herantraten werde. Es müsse abzuwarten, in welcher Weise sich die weitere Gruppierung der Industrieorganisationen vollzieht. Die weitere Konzentration könne sich nicht willkürlich vollziehen, sie müsse sich vielmehr nach bestimmten Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit richten.

Es folgt dann die Erledigung der Satzungsänderungen, die in der Hauptsache nach den Vorschlägen der Vorberatungskommission erfolgt. Erwähnenswert ist der Beschluß, daß die angestell-ten Beiratsmitglieder auf den Verbandstagen, die fortan alle drei Jahre abgehalten werden sollen, mit beratender und beschließender Stimme vertreten sein sollen. Für die Verbandsangehörigen werden neue Richtlinien beschlossen und dabei beschlossen, die Beiträge für die Unterstützungsvereinigung aus der Hauptkasse voll zu zahlen. Beschlossen wird, daß ausgeschlossene Mitglieder in der Regel wieder aufgenommen werden können, unter Anrechnung der früher geleisteten Beiträge.

Der Verbandsvorsitzende Lorenz, der Verbandsassessor Langner und der Obmann des Verbandsausschusses Stadel-Hamburg wurden einstimmig wiedergewählt. Zum Gewerkschaftskongreß wird Lorenz delegiert, zum nächsten Internationalen Friseurgehilfen-Kongreß werden Lorenz-Berlin, Häm-pel-Dresden, Weng-Stuttgart als Delegierte gewählt. Die Verhandlungen sind damit beendet. Der nächste Verbandstag soll 1923 in Düsseldorf abgehalten werden.

Jugendveranstaltungen.

Treffpunkte zur Sonnenwende in den Gajener Bergen heute, Sonntag, den 20. Juni:

- Moabit I: 7 Uhr Kleiner Tiergarten. — Moabit II: 10 Uhr Bahnhof Bellevue. — Radialler 8 Uhr. — Ostern, Straßener Viertel: 6 Uhr Rudolphstraße. — Scharbe: 5 Uhr Strohhof, Ecke Brunnenstraße. — Radialler 10 Uhr Bahnhof Mitte. — Südwest: 6 Uhr vor dem „Vordorfer“, 10 Uhr, Kleiner Bahnhof, Haupteingang. — Tempelhof: 1/4 Uhr und 6 Uhr Bahnhof. — Friedrichsberg-Mitte: 7 1/2 Uhr Strohhof-Hummelsburg. — Pflanzberg-Korb: 7 1/2 Uhr Strohhof-Hummelsburg. — Schönhauser Vorstadt 1. und 2.: 6-7 1/2 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — Südost, Reichenberger Viertel 1, 2 und 3 Uhr Oberhauser Bahnhof. — Buckholz: 5 und 8 Uhr Bahnhof Hanzowen.
- Verkehrsamt Lichten-Rand. Jede Abteilung hat heute abend mindestens 2 Ordner nach den Gajener Bergen zu entsenden. Richtstraße, Straße I und Tempelhof um 6 Uhr, Scharbe, Reichenberg, Straße II und Scharbe um 8 Uhr am Ausgang (Straße) von Südwest-Schönhauser.
- Verkehrsamt Kreuzberg. Alle Abteilungen treffen sich um 1/2 Uhr am Bahnhof Moabit.

BOLLE
Pralinen Bolle Schokolade
SCHOKOLADENWERK DER MEIEREI C-BOLLE A.G.

Kann Deutschland von der eigenen Scholle leben?

Anbauflächen und Volksvermehrung.

In den verschiedenen Begründungen der Reichsregierung und der Interessenten für die Zollvorlage bezw. deren agrarische Positionen, spielt die These von der Ernährungsmöglichkeit des deutschen Volkes „von eigener Scholle“ eine große Rolle. Die statistischen Nachweisungen über das Verhältnis von Bevölkerung und Bodenraum, das Ausgangspunkt jeder Diskussion über das landwirtschaftliche Produktionsproblem sein müßte, sind weiteren Kreisen so gut wie unbekannt. Sie seien deshalb im folgenden einmal zusammenfassend dargestellt.

Die Bevölkerungsdichte ist ein zeitlich wechselndes Resultat aus einer normalerweise festen Größe, der Bodenfläche eines Staates, und aus einer veränderlichen Größe, der Bevölkerungszahl. Die Grenzen des Deutschen Reiches umschlossen vor dem Weltkriege 540 857 Quadratkilometer; jetzt umfaßt die deutsche Republik nur noch 472 034 Quadratkilometer. Der Verlust beträgt 12,7 Proz., rund ein Viertel der gesamten Vorkriegsfläche. Die Bevölkerung Deutschlands wurde im Jahre 1871 auf 41,06 Millionen festgestellt. Sie vermehrte sich bis zur Volkszählung im Jahre 1910 auf 64,93 Millionen und bis Mitte 1914 weiter auf 67,79 Millionen, also von 1871 bis 1914 um fast zwei Drittel (genau 65,1 Proz.). Nach der Zählung vom 8. Oktober 1919 hatte die Republik 59 852 682 Einwohner, rund 1,4 Millionen mehr als am 1. Dezember 1910 auf ihrem Gebiet gezählt worden waren. Mitte 1922 hatte sich diese Zahl bereits auf 62,04 Millionen erhöht.

Dementsprechend war die Bevölkerungsdichte 1871 = 75,9 Menschen pro Quadratkilometer, im Jahre 1910 = 120 und im Jahre 1914 = 125,3. Die Bevölkerungsdichte der Republik ist für 1919 auf 126,8 und für Mitte 1922 auf 131,4 pro Quadratkilometer festzustellen. Umgekehrt entfiel pro Kopf der Bevölkerung vom Reichsgebiet eine Fläche

von 18 173 Quadratkilometer im Jahre 1871	8 390	1910
7 600		1922

Die Bevölkerungsovermehrung ist also so stark gewesen, daß 1919 pro Kopf der Bevölkerung nur noch 58 Proz. der Bodenfläche zur Verfügung stand, wie 1871.

Nun könnten freilich Veränderungen in der Bodenbenutzung ausgleichend gewirkt haben. Statistische Erhebungen über diese haben bis zum Kriege insgesamt fünfmal stattgefunden; ihre Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle zusammengefaßt. Es wurden benutzt:

im Jahre	landwirtschaftlich		forstwirtschaftlich		weder land- noch forstwirtschaftlich	
	Hektar	Proz. der Gesamtfläche	Hektar	Proz. der Gesamtfläche	Hektar	Proz. der Gesamtfläche
1878	58 726 000	68,02	13 872 900	25,09	8 999 500	6,29
1888	55 640 400	65,97	13 908 400	25,74	4 478 300	8,29
1898	55 164 800	65,06	13 956 800	25,82	4 927 200	9,12
1900	55 055 400	64,84	13 995 000	25,89	5 013 500	9,27
1918	54 818 800	64,3	14 228 200	26,3	5 072 800	9,4

Diese Zusammenstellung macht einige wichtige Entwicklungstendenzen klar. Wenn man die Veränderungen von 1878 zu 1888 außer Betracht läßt (diese sollen hauptsächlich einer veränderten Methode der statistischen Eingruppierung zugeschrieben sein), so zeigt sich ein ständiger Rückgang der landwirtschaftlich benutzten Fläche und eine Zunahme der forstwirtschaftlich und der „weder land- noch forstwirtschaftlich benutzten“ Fläche. (Unter die letztere Bezeichnung fallen Haus- und Hofräume, Deh- und Umland, Wege- und Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen, Gewässer usw.) Am Bestand der landwirtschaftlich benutzten Fläche nagte sowohl der, seine forstwirtschaftlich aus Jagd- und anderen Interessen ausdehnende Grundbesitz, wie andererseits die Industrie mit ihrem Gefolge von Verkehrseinrichtungen.

Wenn man die Ergebnisse der Boden-Benutzungs-Aufnahme von 1913 zugrunde legt, so ergibt sich für den Gebietsumfang der Republik, daß die landwirtschaftlich benutzte Fläche auf 29 854 400 Hektar = 63,4 Proz. der Gesamtfläche zurückgegangen ist. Die forstwirtschaftlich und die „weder land- noch forstwirtschaftlich“ benutzten Flächen sind zurückgegangen auf 12 699 900 bzw. 4 534 300 Hektar — aber im Verhältnis haben beide zugenommen auf 27 bzw. 9,6 Proz.

Außer einer dichter gestellten Bevölkerung hat die Republik also auch eine ungünstiger genutzte Bodenfläche.

Als das Vorkriegs-Deutschland. Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzten Bodens kamen 1878: 120, 1883: 129, 1893: 144,

1900: 160, 1913: 192 und 1922: 208 Einwohner. Die landwirtschaftlich benutzte Fläche betrug pro Kopf der Bevölkerung:

im Jahre 1883	7 740 Quadratkilometer
1900	6 250
1918	5 200
1922	4 810

Die fortgesetzte Schmälerung der Ernährungsgrundlage der deutschen Bevölkerung, wie sie in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist durch rationellere Verwendung der landwirtschaftlichen Fläche etwas verringert worden. Daraus deutet zunächst die Verteilung der landwirtschaftlichen Fläche nach drei großen Gruppen. Es wurden verwendet:

im Jahre	für Acker- und Gartenland		für Wiesen		für Weiden und Dünen	
	Hektar	Proz. der Gesamtfläche	Hektar	Proz. der Gesamtfläche	Hektar	Proz. der Gesamtfläche
1878	26 063 100	48,27	5 913 700	10,95	4 615 400	8,55
1888	26 177 400	48,45	5 903 300	10,98	3 425 100	6,34
1898	26 243 200	48,55	5 915 800	10,98	2 873 000	5,31
1900	26 257 800	48,56	5 954 200	11,02	2 708 700	5,01
1918	26 059 200	48,1	5 991 700	11,1	2 592 500	4,8

Während der stetigen Verminderung der landwirtschaftlich benutzten Fläche ist der Komplex des Acker- und Gartenlandes wenigstens von 1878 bis 1900 regelmäßig vergrößert worden, um dann freilich bis 1913 eine so starke Verringerung zu erfahren, daß in diesem Jahre weniger Acker- und Gartenland vorhanden war als 35 Jahre zuvor. Die Wiesen sind im Zeichen erweiterter Grünlandhaltung vermehrt worden. Auch hier hat wieder der Landverlust durch den Versaßler Vertrag ungünstig gewirkt, insofern er überdurchschnittlich besseren landwirtschaftlichen Boden betrifft. Ist das Acker- und Gartenland im Nachkriegs-Deutschland — die Ergebnisse von 1913 zugrunde gelegt — auf 22 067 600 Hektar zurückgegangen, so macht es nur noch 46,9 Prozent der gesamten Bodenfläche der Republik aus.

Der eigentliche Rationalisierungsprozeß hat sich in der Form einer besseren Ausnutzung der Fläche des Acker- und Gartenlandes vollzogen. Von diesem dienten dem Anbau von:

	1878	1888	1898	1900	1918
Getreideart. ha	15 587 700	15 724 000	15 992 100	16 081 000	16 220 900
u. Hülsenfr. %	59,81	60,08	60,94	61,18	62,4
Grasfrüchten ha	3 652 800	3 948 600	4 237 700	4 598 200	5 123 900
u. Gemüse %	18,63	15,07	16,15	17,42	19,7
Futterpflanzen %	24,48	24,04	25,19	26,56	26,55
u. pflanzen %	9,89	9,19	9,6	10,12	10,2
Saus- und ha	235 800	416 000	472 600	492 800	596 600
Obstgärten %	0,91	1,59	1,8	1,84	2
Handelsge- wächsen %	417 900	852 300	261 100	187 900	112 900
Obstbäume ha	8820 700	9 386 800	2 760 300	2 285 700	1 880 700
Ackerweide u. %	14,66	12,74	10,53	8,71	5,8
Gräbe					

1) Weizen, Speltz, Einkorn, Roggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Hirse, Mais, Schilf, Sinsen, Rohren, Fiden, Fuchsen usw.
2) Kartoffeln, Koriander, Hülsen, Klee, Röhren, Rahl u. a.
3) Tonen 4 968 000 Hektar Kartoffeln und 128 000 Hektar Gemüse.
4) Reis, Quers, Glanzweizen, Gerste, Speltz, Gerste.
5) Mais, Hülsen, Getreide, Weizen, Gerst, Klee (Wein), Senf, Zuckerrüben, Bohnen, Weizen, Klee, Röhren u. a.

Mit Ausnahme der Handelsgewächse haben alle anderen Acker- und Gartenkulturen im Laufe der Jahre erheblich größere Landflächen in Anspruch nehmen können, weil es durch verbesserte Anbaumethoden gelungen ist, die Ackerweide und Brache zu vermindern. Im Deutschland des jetzigen Umfanges sind unter Zugrundelegung der Ergebnisse von 1913 insgesamt 18 092 400 Hektar, das sind 82,8 Proz. des Ackerlandes, der Erzeugung von Getreide, Hülsenfrüchten, Grasfrüchten und Gemüse gewidmet.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die jährlichen statistischen Nachweisungen über die Ernteflächen für die wichtigsten Feldfrüchte zusammenstellt, wobei aber zu beachten ist, daß diese Angaben seit der Jahrhundertwende als überschätzt gelten. Hier sind von Jahr zu Jahr Schwankungen zu verzeichnen, welche die im folgenden mitgeteilten Mehrjahresdurchschnitte aus-

gleichen, wodurch die Tendenz der allgemeinen Entwicklung klarer hervortritt. Es waren (in 1000 Hektar) gewidmet dem Anbau von:

im Durchschnitt der Jahre	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Kartoffeln	Gesamt
1878/1880	5945	1820	8754	1626	2763	15 908
1881/1885	5877	1884	8770	1701	2857	16 098
1886/1890	5823	1987	8848	1707	2918	16 333
1891/1895	5823	1963	8909	1690	2998	16 486
1896/1900	5944	1977	8920	1688	3111	16 715
1901/1905	6045	1829	8246	1698	3291	17 064
1906/1910	6117	1888	8295	1688	3803	17 221
1911/1924	6279	1968	8355	1603	8415	17 650

Von 1878/80 bis 1911/14

+ 5,6	+ 8,1	+ 16,3	- 1,4	+ 28,6	+ 11,0
-------	-------	--------	-------	--------	--------

In einem Zeitraum von dreieinhalb Jahrzehnten hat die Gesamterntefläche dieser Feldfrüchte, wenn man die erwähnte Uberschätzung seit Anfang dieses Jahrhunderts außer Betracht läßt, um rund 11 Proz. gesteigert werden können. Im Kriege ist dann ein starker Rückschlag in der Bodenbenutzung eingetreten, und in der Gegenwart beträgt der Verlust von Anbauflächen und deren Einschränkung zusammen mehr als doppelt soviel wie der Gebietsverlust durch den Friedensvertrag (12,7 Proz.), wobei aber zu beachten ist, daß die amtliche Statistik seit dem Kriege an dem entgegenstehenden Fehler leidet wie vor dem Kriege: wurden vor dem Kriege die Anbauflächen überschätzt, so wurden sie nachher (und bis jetzt) unterschätzt. Nach der amtlichen Statistik dienten (Flächenangaben in 1000 Hektar) dem Anbau von:

in den Jahren	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Kartoffeln	Gesamt
1918	6414	1974	4438	1654	8412	17 892
1917	5550	1518	3665	1461	2547	14 641
1928/24 we-niger als 1918 in Proz.	83,8	25,4	22,6	28,5	19,6	26,1

Die Rationalisierung der Bodenverwendung wie auch die Ausweitung der Anbauflächen bis zum Kriege hat nicht genügt, den „Landanteil“ pro Kopf der Bevölkerung gleich hoch zu halten: die Bevölkerungsovermehrung ist allen Verbesserungen dieser Art weit vorausgegriffen. Die Landverluste durch den Weltkrieg und die Weiterwirkungen der Kriegsfolgen in der Landwirtschaft haben im Nachkriegs-Deutschland den Pro-Kopf-Anteil weiter geschmälert. Wie stark die Verminderung der Anbauflächen der wichtigsten Feldfrüchte sich in diesem Verhältnis auswirkt, sei an einigen Vergleichszahlen und im Schaubild gezeigt. Es entfielen auf den Kopf der Bevölkerung Quadratmeter:

	1878	1918	1928/24
Roggenland	1834	946	695
Weizenland	407	291	237
Haferland	840	655	554
Gerstenland	864	244	204
Kartoffelland	618	508	441



Alle diese Tatsachen ergeben demnach keinen Anhalt dafür, daß es etwa wahrscheinlich wäre, daß in naher Zukunft die Bevölkerung Deutschlands „von der eigenen Scholle“ ernährt werden könnte, nachdem dies bis zum Kriege nicht möglich war. Im Gegenteil ergibt sich, daß im Nachkriegs-Deutschland die Verhältnisse in dieser Beziehung bedeutend ungünstiger liegen als im größeren Deutschland vor dem Kriege. Toth. Krefen-Solingen.

20. Sonnabend

Billiger Sonnabend

bei JANDORE

Liserehüte
frische Formen
1.95

Damenkonfektion

Zephyrbluse Hemdform, weit geschlitten, in verschiedenen modern. Streifen 1.95

Zephyrkleid Fason, mit einfarbigem Paspel und Knopfgarnierung 3.75

Kasak aus gemustertem Waschstoff 3.95

Frottékleid in versch. Karos, flottes Fason, mit Bügel und Schleife 7.50

Gardinen

Scheibengardinen mit Bandbefestigung, Meter 0.48

Etamin kariert, ca. 150 cm breit, Meter 0.98

Künstlergardinen engl. Tuil, 3 teilig, Fenster 3.95

Bettdecken engl. Tuil 3.95

Bettdecken Etamin mit Volant, über 2 Betten 8.75

Schlafdecken ge- rümpelt mit Kante, ca. 130x150 1.95

Damenwäsche

Untertaile Jumperform mit Stickerei 0.95

Damenhemd mit Stickerei 1.45

Kniebeinkleid mit Stickereiansatz 1.65

Hemdhemd m. Stick. mod. Form 3.85

Nachthemd mit Stickereigarnierung 3.75

Prinzebrock hübsch garniert 3.90

Taschentücher

Kindertuch Linon mit farbiger Kante 0.15

Damentuch Batist mit farbiger Kante 0.18

Damentuch Batist mit gestickter Ecke 0.20

Herrentuch Linon mit Ripkante 0.20

Herrentuch Linon mit farbiger Kante 0.25

Strumpfwaren

Damenstrümpfe schwarz, Ferse und Spitze verstärkt 0.48

Damenstrümpfe feinstkörnig, gut verstärkt, weiß und farbig 0.58

Damenstrümpfe gute, haltbare Qualität, weiß, farbig und schwarz 0.95

Damen-Strümpfe gute Mako-Qualität, weiß, schwarz oder farbig 1.25

Herren-Socken graumeliert, gut verstärkt 0.48

Stickereien

Wäsche-Stickerei ca. 3 cm br., 3/4 Mtr. Abschn. 0.28

Wäsche-Stickerei und -Einsatz auf gutem Cambric, ca. 5 cm breit, 2 1/4 Meter Abschnitt 0.68

Wäsche-Stickerei und -Einsatz auf gutem Cambric, schöne Muster, ca. 6 cm br., 3/4 Mtr. Abschn. 0.98

Badeartikel

Gummikappe für Damen oder Kinder 0.55

Gummikappe hübsch garniert 0.95

Frottierhandtuch Krüselstoff 1.25

Badelaken für Kinder, Krüselstoff 3.25

Badetrikot für Herren 1.95

Badetrikot f. Damen mit farbigen Besatz 2.25

Herren-Artikel

Sporikragen aus gutem Rip-Plüsch 0.55

Stehumlegekragen gute Qualität, verschied. Hsh. 0.65

Sporthemden Flanell-Imit., mit 2 Kragen und Umschlagmanschetten 7.90

Nachthemden mit farbiger Besatz u. Tasche 4.35

Schuhwaren

Dirndlschuhe schöne, frische Farben 1.45

Reiseschuhe für Damen Leder, mit Ledersohle 3.95

Spangenschuhe 2 Knopf, Chrom-Chevreau 6.90

Spangenschuhe 2 Spangen, R. Chevreau 8.90

Turnschuhe Chrom- oder Ledersohle, Gr. 23-34 1.95

Sandalen Rindleder mit kräftiger Sohle, Gr. 22-34 3.50

Berufskleidung

Malerkittel Robnessel, gute Qualität 4.50

Mechanikerkittel aus grauem Nova 5.50

Mechanikerkittel aus festem Koper-Nova 6.50

Gummi Mäntel Körper, weite Form, mit Gürtel 21.50

Lederwaren

Koffer Vulkan-Fibre, ca. 70 cm, 5 Fibre-Ecken, 3 Patentschlösser 12.90

Kupee-Koffer Hart-platten, 8Vulk.-Fibre-Ecken, ca. 70 cm 5.90

Reisetaschen Rindleder, m. Aufspannbügel, ca. 40 cm 15.50

Reisekissen zum Aufblasen 3.90

Kurzwaren

Obergarn 1000 Meter Nr. 40-60 Rolle 0.60

Obergarn 1000 Meter Nr. 70-80 Rolle 0.52

Untergarn 1000 Meter Krempspule 0.32

Halbleinenband 3 Stück à 3 Meter 0.28

Strumpfhalter für Dam., Kunstseide, gerüchelt 0.35

Belle-Alliance-Str. ☆ Gr. Frankfurter Str. ☆ Brunnenstr. ☆ Kottbusser Damm ☆ Wilmersdorfer Str.